



# Attersee Report

## Kommunarden

---

Thomas Grischany · La Commune de Paris 1871

Wolfram Schrems · Provokationen

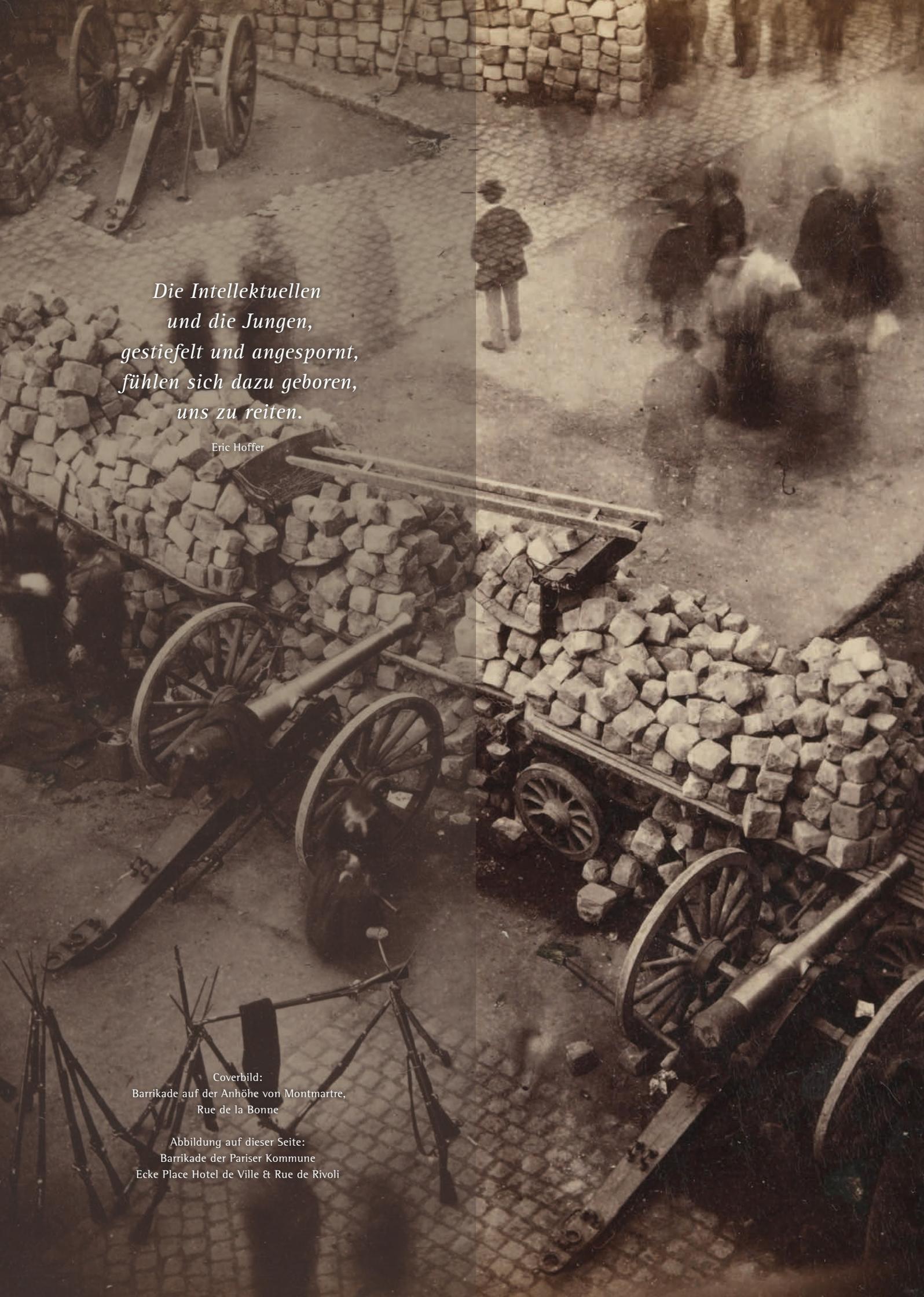
Alexander Pakes · Studentenverbindungen: ein Ländervergleich

Beate Haubner · Jenseits des Mainstreams

Jörg Mayer · Commune sui generis



Ausgabe Nr. 29 · Juli 2021



*Die Intellektuellen  
und die Jungen,  
gestiefelt und angespornt,  
fühlen sich dazu geboren,  
uns zu reiten.*

Eric Hoffer

Coverbild:  
Barrikade auf der Anhöhe von Montmartre,  
Rue de la Bonne

Abbildung auf dieser Seite:  
Barrikade der Pariser Kommune  
Ecke Place Hotel de Ville & Rue de Rivoli

# Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren!



Die letzten Ausgaben unseres Reportes sind erneut auf großes Interesse gestoßen. Das gilt vor allem für jene, in der wir die „Tyrannei der Werte“ unter die Lupe nahmen. Lob von Lesern, die uns z.B. mitteilen, den Report „mit großem Gewinn“ gelesen zu haben, freut besonders, ebenso wie die Bezeichnung unseres Vereines als „angesehene liberale Denkfabrik aus Österreich“, wie unlängst in einem Schweizer Periodikum. Kritisches war im *Standard* zu lesen: „*Da gab es vor allem den Atterseekreis, eine bewusst intellektuelle Runde, mit Konzepten etwa zum Agrarbereich (...). Die Zeitschrift mit dem Nostalgienamen Attersee Report ist beispielsweise von handfesten Konzepten, wie vom Ur-Atterseekreis einst betrieben, ziemlich entfernt, könnte und sollte dies aber leisten. Eher esoterische Themen suchen sich eine Leserschaft. (...)*“

Tatsächlich haben wir noch nie ein alternatives Agrarkonzept vorgelegt. Das stimmt uns, mit gleichzeitigem Dank für die wertvolle Anregung, nachdenklich. Freilich wird sich auch dann nichts an der grundsätzlichen Ausrichtung, unter die ich meine Präsidentschaft gestellt habe, ändern: die ideengeschichtlichen Grundlagen unserer politischen Gegner kritisch offenzulegen. Dabei sollen tagespolitische Aspekte keinesfalls auf der Strecke bleiben, zumal sie sich oft aus dem historischen Blickwinkel ergeben. Den aktuellen Beitrag über den letzten Kaiser der Franzosen, Napoleon III. etwa, kann man als rein historische Abhandlung verstehen. Schaut der Leser genauer hin, so erkennt er auch eine tagespolitische relevante Frage, nämlich den Umgang eines Herrschers mit staatlichen Institutionen, die ihm nicht opportun oder gar gefährlich sind. Na-



poleon III. schob sie zur Seite und kompensierte sein Legitimitätsproblem durch Volksvoten. Die Flucht in eine Volkswahl könnte auch in Österreich schon bald vortrittgehen, nämlich dann, wenn der Kanzler angeklagt oder verurteilt wird.

Grundsatzfragen schlagen dann und wann bei weitaus banaleren Beispielen durch. Ein aktuelles ist das Niederknien mancher Spieler vor Fußballspielen oder der Streit um die Verwendung der Regenbogenfarben im Rahmen der EM. An einem kleinen Stückchen Stoff – nein, es handelt sich nicht um die Masken – lässt sich das beweisen: Der Tormann der Deutschen Nationalmannschaft (die sich selbst so nicht mehr nennen will) trug eine nicht den UEFA-Regeln entsprechende Kapitänsschleife. Was anderswo zu Ermahnungen, Geldstrafen oder Sperren führt, blieb hier unbeanstandet, denn sie war in den Farben des Regenbogens gestaltet und somit ein Symbol der sogenannten LGBTQ-Bewegung. Die UEFA bewertete die fröhlich bunte Binde als einen Garant für Vielfalt unter den Menschen und deren Träger als Boten einer „good cause“.

Was vordergründig lächerlich erscheint, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als entlarvend. Nicht das Reglement ist maßgeblich, sondern das von einer Minderheit als „good cause“ Bestimmte. Die „Wertvorstellungen“ der einen sind stärker als das Recht, auf das sich alle verständigt haben. Wer auf die Einhaltung der Norm pocht, läuft Gefahr, diskreditiert zu werden. Mit Esoterik hat all das nichts zu tun, zu real sind diese Vorkommnisse. Leider! Gerade deshalb werden wir uns auch in Zukunft Themen widmen, die jenseits des tagespolitischen Tellerrandes angesiedelt sind.

Herzlichst Ihr ParlRat Mag. Norbert Nemeth, Herausgeber

# Inhalt



## Generalthema:

Von Kaisern und Kommunen .....	6
Napoleon III. – Der letzte Kaiser der Franzosen .....	8
La Commune de Paris 1871 .....	11
Die Pariser Kommune im Kontext .....	20
Freiheit braucht Disziplin .....	27



## Österreich:

Provokationen .....	28
Das vergessene Mädchen .....	37



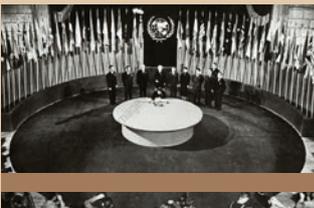
## International:

Studentenverbindungen: ein Ländervergleich .....	38
Nie zweimal in denselben Fluss .....	43



## Feuilleton:

Jenseits des Mainstreams .....	44
Die Subkultur .....	50
Perversion als politisches Programm .....	53



## Besprechungen:

Commune sui generis .....	54
Adharas Stimme .....	62
Impressum .....	63

# Editorial

Werte Leser!



Der Sommer ist normalerweise eine Zeit, die sich für leichtere Lektüren empfiehlt, trotzdem müssen wir Sie noch einmal mit auf eine Reise nehmen, die uns 150 Jahre in die Vergangenheit führt! Wir haben in der letzten Ausgabe die Reichsgründung von 1871 zum Anlass genommen, uns Gedanken über das Entstehen und das Verschwinden jenes politischen Körpers zu machen, der in Gestalt der Bundesrepublik Deutschland auch heute noch das Herz und die Galle dieses Kontinentes ist. Im Schatten dieses wirkmächtigen Ereignisses hat sich auch eine andere Gründung vollzogen, der zwar ein viel kürzeres Leben beschieden war, die aber gleichfalls Spuren in der Geschichte hinterlassen hat. Jene vollzog sich nicht im Spiegelsaal von Versailles, sondern in den Gassen von Paris.

Als ich unseren brillanten Historiker Thomas Griechany mit der Anfrage konfrontierte, für uns die Pariser Commune von 1871 zu beleuchten, erwiderte dieser etwas, das unseren Zugang zu einer rechten, aber zugleich kritischen Publizistik, auf den Punkt bringt: Die genauere Recherche habe ihn nicht zu einem Commune-Fresser gemacht, eher zu einem Commune-Versteher! Dies ist das Risiko, wenn man in den tiefen Brunnen der Vergangenheit blickt, in ihre Quellen und Rinnsale, Bäche und Seitenarme abseits des Hauptstroms. Man findet sie voller Ideen und Ideale, Gefühle und Gelüste, Erregungen und Eingebungen, Projektionen und Postulate, voll von Menschlichem und Allzumenschlichem. Einen politischen Gegner bekämpfen, das verlangt je, seinen Standpunkt zuerst aus seinem eigenen Recht zu verstehen, und warum es ihm gebührt, unser Gegner – und damit unsere eigene Frage als Gestalt – zu sein.



In dieser Hinsicht ist unsere Beschäftigung mit dem Gegner weder Selbstzweck zur geistigen Erbauung noch bloße Selbstvergewisserung des eigenen *anti*-Standpunkts, sondern ist eine Dialektik in dreierlei Weise: Sie ist 1. dialektisch im sokratischen Sinne, also ein Dialog mit der Vorstellungswelt des Anderen. Aus ihr kann man lernen, sie ergänzt das eigene Weltbild, legt seine Defizite bloß und weist auf Möglichkeiten hin, wie man die Dinge durch andere Augen sehen kann. Sie ist 2. dialektisch im hegelschen Sinne, d.h. sie strebt nach einer Synthese, in der Wahres, das wir setzen, mit entgegen gesetztem Wahrem zu einem umfassenderen Wahren in einem mehrdimensionalen Weltbild wird. Und sie ist 3. dialektisch in jenem Sinne, wie man ihn Karl Barth (fremd)zuschreiben könnte, als bleibendes Spannungsverhältnis: Das politische Wesen namens „Mensch“ ist von seiner Natur aus gut (ein göttliches Ebenbild), und doch von seiner Natur aus schlecht (verstrickt in Sünden), und doch wird er gerechtfertigt – und doch *wissen* wir das nicht, wir *hoffen* es nur.

Man muss solche Spannungsverhältnisse aushalten. Dialog, Synthese und Epoché (als ein Beruhenlassen der diversen Standpunkte, um durch sie hindurch zum Wesen der Sache vorzustoßen) sind unverzichtbare Leitlinien für eine adäquate Weltanschauung. Wer sich aus einem bloßen *anti* heraus begreift, definiert sich über seinen Gegner. Worüber definiert sich jener? Nichts wichtiger, als eine wechselseitige Definition ex negativo. Der Anfang wahrer Politik liegt dagegen stets im rechten Erfassen der Natur des Menschen, seines Sinnens und Handelns als politisches Wesen. Ob nun als Kaiser – oder als Kommunarde.

Ihr Jörg Mayer, Chefredakteur

## Von Kaisern und Kommunen

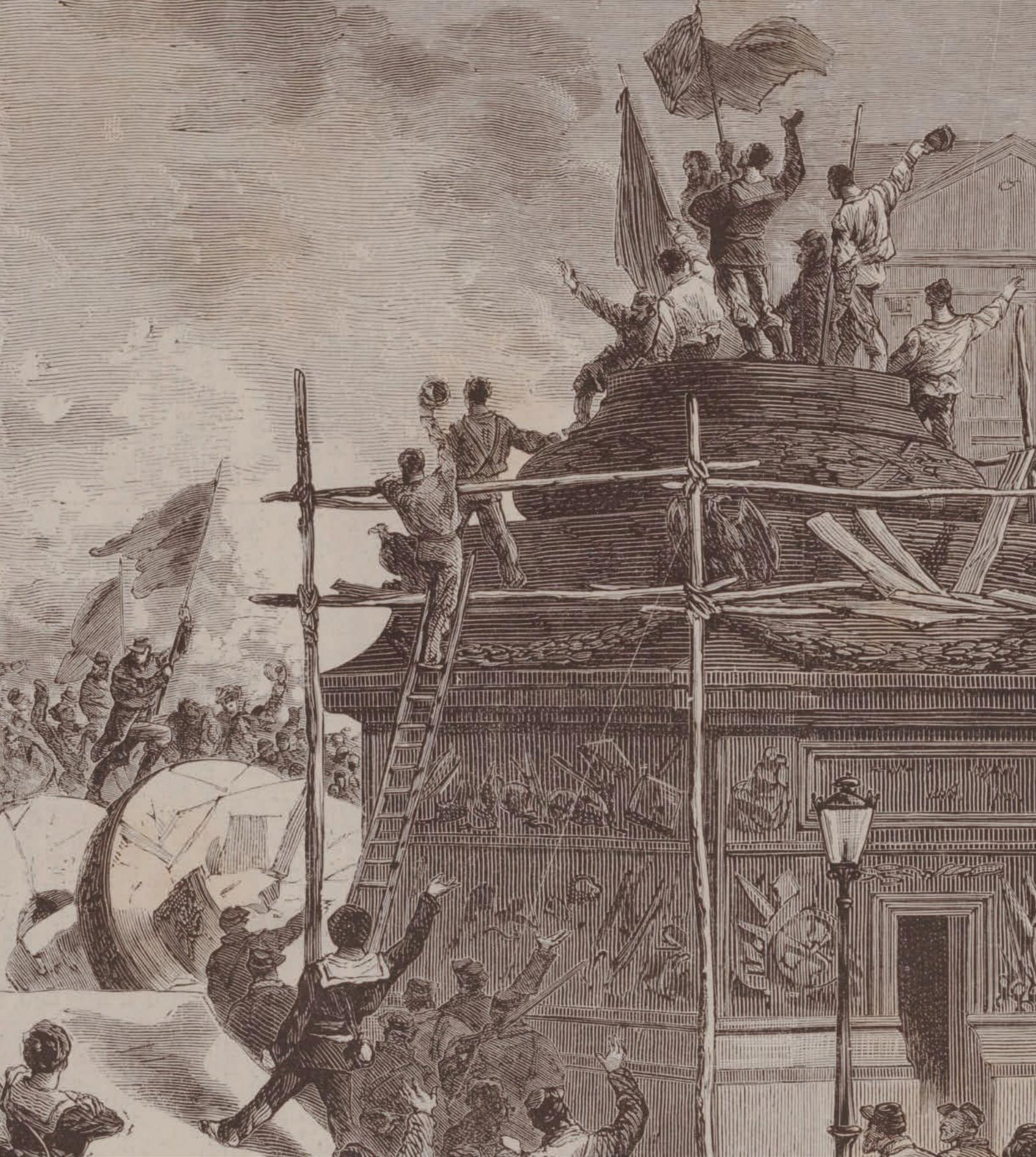


Das sind also die Arten der Königsherrschaft, vier an der Zahl. Eine ist die der Heroenzeit. Sie bestand über Freiwillige und betraf bestimmte Aufgabenbereiche. Denn Feldherr und Richter war der König, und der hatte die Entscheidung über den Götterkult. Die zweite ist die barbarische. Sie ist eine erbliche Herrenherrschaft im Einklang mit dem Gesetz. Die dritte aber ist die, die man die Aisymnetie nennt. Sie ist eine gewählte Tyrannis. Die vierte ist die lakedaimonische. Sie ist, um es einfach zu sagen, eine erbliche Feldherrenwürde auf Lebenszeit. [...]

Die Königsherrschaft wird aber zum geringsten durch Kräfte von außen her zugrunde gerichtet, deshalb ist sie auch langdauernd. Aus ihr selbst kommt es meistens zu Untergangerscheinungen. Sie geht jedoch auf zwei Arten zugrunde: auf die eine dann, wenn die, die an der Königsherrschaft Anteil haben, in Aufruhr sind, und auf die andere, wenn man in allzu tyrannischer Art versucht, den Staat zu verwalten, falls man fordert, über mehrere und entgegen dem Gesetz die Entscheidung auszuüben. Es kommt aber heute nicht mehr zu Königsherrschaften, sondern wenn so etwas entsteht, dreht es sich dabei eher um Allein- und Tyrannenherrschaften, und zwar deshalb, weil die Königsherrschaft eine freiwillig anerkannte Herrschaft darstellt, eine Herrschaft, die aber über die allzu bedeutenden Dinge entscheidet: heute gibt es aber viele Gleichgestellte, und keiner ragt so sehr heraus, daß er der Größe und Würde der Herrschaft angemessen sein könnte. Demnach erträgt man freiwillig diese Herrschaft nicht mehr.

aus: Aristoteles, Politik





# Generalthema

Mitglieder der Pariser Kommune auf der umgestürzten Colonne Vendôme,  
an deren Spitze sich die Statue Napoleons I. befand

# Napoleon III.

## Der letzte Kaiser der Franzosen

Von Norbert Nemeth



Unser Report hat sich in der letzten Ausgabe mit den Ereignissen des Jahres 1871 befasst, die zur Ausrufung des preußischen Königs Wilhelm I. zum Kaiser des Zweiten Deutschen Reiches geführt haben. Die Darstellung der Ereignisse wäre unvollständig, ohne ein Wort über den letzten Kaiser der Franzosen zu verlieren, für den 1871 einen ganz anderen Wendepunkt bedeutete.

Am 9. Januar 1873 spendete der katholische Priester von Chislehurst dem letzten Kaiser Frankreichs, Napoleon III., das Sterbesakrament. Zuvor war der Versuch der Ärzte, dem im englischen Exil lebenden Neffen Napoleons I. jenen Blasenstein, unter dem er seit langer Zeit litt, zu zertrümmern, gescheitert. Sechszwanzig Monate nach Sedan wurde Napoleon III. in britischer Erde beigesetzt. Ein paar tausend Bonapartisten waren gekommen, um seiner Gemahlin Eugenie den Rücken zu stärken, zumal in der Ruhmeshalle der *Grande Nation* für ihren letzten Kaiser, der den imperialen Traum Frankreichs stets beschworen, jedoch nie realisiert hatte, kein Platz gewesen war.

In Verbannung zu leben war für den am 20. April 1808 geborenen Louis-Napoleon allerdings nichts Neues. Bereits als Siebenjähriger musste er samt seiner Familie 1815 ins Exil. Augsburg, Florenz und Rom waren die unfreiwilligen Destinationen. Das System des Wiener Kongresses bestimmt sein Leben somit von Anbeginn. Es kann daher nicht verwundern, dass der junge Mann bald beginnt, sich an Aufständen und Putschversuchen zu beteiligen: 1831 in der Romagna, 1836 in Straßburg, 1840 in Boulogne. Hernach geht es zum ersten Mal ins britische Exil, wo er mit seinen *Des idées napoléoniennes* eine programmatische Schrift des Bonapartismus entwirft. Deren Vorläufer war das *Le mémorial de Sainte-Hélène*, einer der größten Bucherfolge des 19. Jahrhunderts, verfasst von Napoleon I., weswegen manche Historiker von einem Plagiat sprechen.

Wie auch immer, weder auf das restaurative Gottesgnadentum wollten sich der Neffe wie der Onkel berufen, noch auf die republikanische *Volonté générale*. Vielmehr wollte der Bonapartismus diese beiden Elemente kombinieren, auf das Volk bauen und sich auf Gott berufen. Sieht man genau hin, kann man einen Verfassungsentwurf erkennen, der im Wesentlichen folgende Punkte enthält: einen Kaiser mit Exekutivgewalt, eine schwache gesetzgebende Körperschaft und eine sehr starke plebiszitäre Komponente.

Mit anderen Worten: Ein Bonaparte sollte der Bevollmächtigte des Volkes und der Sachwalter des Volkswillens sein, und der napoleonische Adler das einzige Zeichen, unter dem sich alle Franzosen sammeln konnten. Nicht das Zeichen einer Partei, sondern der *Grande Nation!* Ein Mythos, der geeignet war, die Gesellschaft neu zu gestalten und die Volksrechte mit der Herrschermacht zu versöhnen. Keine Idee des Krieges wollte der Bonapartismus sein, sondern eine soziale, industrielle, merkantile und humanitäre, die in den einzelnen Nationen Europas nichts als Glieder einer einzigen großen Familie erblickte. Ideen Saint-Simons und Louis Blancs flossen ein.

Abgeordneter, Präsident, Volkskaiser

Vor diesem ideellen Hintergrund bricht Louis-Napoleons große Zeit mit dem Revolutionsjahr 1848, das eine schwere wirtschaftliche Krise nach sich zog, an. Die Gunst der Stunde nutzend, wird er zunächst Deputierter in der französischen Nationalversammlung,



*Primär war Napoleon III.  
ein Ideologe.*



um sich am 10. Dezember 1848 zum Präsidenten der Republik wählen zu lassen. Durch Volkswahl! Drei Jahre später, im Dezember 1851 schlägt seine größte Stunde. Im Wege eines Staatsstreiches löst er das Parlament auf und lässt sich - wieder durch Volkswahl - zum Präsidenten auf zehn Jahre wählen. Die Auflösung des Parlamentes war ein Vorgang, der nicht widerstandslos vorstättenging. Oppositionelle, in der Mehrzahl militante Linke, wurden verhaftet, das Parlamentsgebäude von Soldaten



Napoléon III.; 1865

besetzt. Victor Hugo, der zu den schärfsten Kritikern zählte, verfasste seinen Aufruf *Zu den Waffen*, was die Errichtung einer Barrikade nach sich zog. Die darauffolgende Straßenschlacht war kurz und blutig. Von bis zu zweitausend Toten war die Rede. Ungeachtet dessen wurde Louis-Napoleon mit überwältigender Mehrheit vom Volk gewählt und der Staatsstreich somit geheilt.

Typisch ist hierbei das erneute Wechselspiel zwischen Autokratismus und Plebiszit, das sich gleich darauf im Jahre 1852 wiederholt: Auf Basis einer nunmehr autoritären Verfassung lässt Louis-Napoleon über die Wiederherstellung des Kaiserreiches abstimmen - und gewinnt! Am 2. Dezember 1852 ist wieder ein Napoleon Kaiser der Franzosen. Die Linke war im sogenannten *Corps législatif*, das sich bewusst nicht als Parlament bezeichnete, nicht mehr vertreten. Mit dem Volkskaisertum war jene Verbindung von (erblicher) Monarchie und (plebiszitärer)

Demokratie entstanden, das in den *Idées napoléoniennes* vorgezeichnet worden war. An Louis-Napoleons demokratischem Erfolg war nicht zu rütteln. Manche sprechen gar von einem goldenen Gründerzeitalter, das vor allem mit den Pariser Weltausstellungen von 1855 und 1867 Glanzpunkte setzte. Wirtschaftlich war das Zweite Kaiserreich ein Erfolg. Von herausragender Bedeutung war vor allem die Errichtung des neuen Paris unter Haussmann sowie der Bau des Suezkanals unter Lesseps.

Die Politik Napoleons III. war davon geprägt, einerseits das Französische Imperium wieder an die Spitze Europas zu stellen, auf der anderen Seite wollte er den von den Siegermächten des Wiener Kongresses unterjochten Völkern zur Freiheit verhelfen. Ein Spagat, der nicht zu schaffen war, vermutlich auch, weil Napoleon III., anders als sein Onkel, alles andere als ein großer Schlachtenlenker war. Mit der Zeit sollte sich Metternichs Prognose bewahrheiten: „*Er vergisst, dass man nicht gleichzeitig par la grâce de Dieu und lá volonté nationale Kaiser sein kann. An diesem Widerspruch wird er zugrunde gehen.*“

Daran änderte auch nichts, dass Napoleon III. seine autoritäre Staatsordnung auf die hierarchische katholische Kirchenordnung stützte. Ein neuer Bund von Thron und Altar, der die Freisinnigen ebenso wie die Sozialisten provozierte, war entstanden. Doch vermochten die Kritiker daraus kein politisches Kapital zu schlagen. Mit sozialen Hilfswerken, Arbeiter-



*„Ihr werdet nicht nach Deutschland ziehen,  
ihr werdet in Frankreich zermalmt werden“*



wohnungen, Spitälern, Waisenhäusern, der Einführung von Krankengeld und einer Unfallversicherung grub Napoleon III. den Sozialisten das Wasser ab: *„Jedem Franzosen, dem ich eine auskömmliche Existenz verschaffe, habe ich dem Sozialismus abspenstig gemacht“*, wird der Kaiser zitiert. Gewerkschaften ließ er erst 1868 zu.

Gescheitert ist er letztlich an der Erwartungshaltung seiner Landsleute.

Einem Napoleon verzieh man nicht, Frankreich nicht über Schlachtfelder hinweg zur *Grande Nation* gemacht zu haben, agrarische Evolution hin, industrielle Revolution her. Der Krimkrieg gegen Russland (an der Seite Englands 1854), der Krieg gegen Österreich mit den für Österreich folgenschweren Niederlagen bei Magenta und Solferino (1859) waren zwar Erfolge, ebenso wie der Gewinn Savoyens und Nizzas (1860). Diesen standen aber klare Misserfolge gegenüber, wie die sogenannte „mexikanische Expedition“. Ebenso war die Schlacht von Sadowa (Königgrätz) für die Franzosen eine gefühlte Niederlage. Zu eindeutig war der Sieg Preußens ausgefallen.

Zu diesem schalen Geschmack passte, dass Louis-Napoleon nie ein gelernter Diplomat gewesen war. Neureichtum und ein gewisser Dilettantismus auf dem internationalen Parkett, das seine „Dynastie“ nie als seinesgleichen akzeptiert hatte, zehrten an seinem Ansehen. Mit den Jahren seiner Herrschaft wurde deutlich, dass er schlichtweg nicht das Format hatte, um das System von 1815 zu beseitigen, ebenso wenig wie die Kraft, das linke Rheinufer zu erobern. Primär war Napoleon III. ein Ideologe. Und



Napoléon III.; Carl Frederik Kiörboe

so nahm sein Abstieg seinen Lauf, als er 1869, weil der öffentliche Druck und der Rückhalt in den eigenen Reihen geschwunden war, zur Ankündigung eines *Empire libéral*, eines „Liberalen Kaiserreiches“, aufrief. Es sollte kurz darauf im Kanonendonner Sedans sein Ende finden, die Gefangennahme des letzten Französischen Kaisers inklusive, wobei der Krieg gegen Preußen von Anfang an aussichtslos gewesen war. Dass Na-

poleon III., damals bereits von seiner Krankheit gezeichnet, den Oberbefehl über die Armee übernahm, wollten seine Landsleute, vor dem Hintergrund, dass es gegen das dynamische Preußen ging, kaum glauben. Die Entscheidung passte aber zum schlechten Zustand der französischen Armee. Es fehlte an Waffen, Karten, Munition, Verpflegung, Sold – einfach an allem. Sogar an einem Operationsplan, obgleich Frankreich den Krieg erklärt hatte! *„Ihr werdet nicht nach Deutschland ziehen, ihr werdet in Frankreich zermalmt werden“*, prophezeiten die Franzosen der eigenen Armee. Und sie sollten recht behalten.

Das letzte Kapitel Napoleons III. beginnt mit der Emser Depesche und endet mit einem Zitat der Kaiserin über ihren Gatten anlässlich der Kapitulation Frankreichs am 1. September 1870: *„Warum hat er nicht den Tod gesucht? Warum hat er sich nicht unter den Mauern von Sedan begraben lassen? Hat er denn nicht gefühlt, wie er sich entehrt?“* Drei Tage später, am 4. September 1870, wurde in Paris die Dritte Republik ausgerufen: *„Das Kaiserreich ist tot. Das ist gut so. Wir haben nichts gemein mit diesem Kadaver“* (Victor Hugo).

# La Commune de Paris 1871

Von Thomas Grischany



Welche Stadtregierung würde sich wünschen, dass ihr nur zwei Monate zur Verfügung stehen, um Taten für die Beurteilung ihrer historischen Bedeutung durch die Nachwelt setzen zu können, noch dazu in einer belagerten Stadt und Bürgerkriegssituation infolge einer katastrophalen nationalen Niederlage? Wohl keine! Aber genau das ist das Schicksal der „Commune“, jener im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 entstandenen Pariser Stadtregierung. Daher ist ihr Wesen auch im 150. Gedenkjahr nur wenig greifbar, weshalb insbesondere in Frankreich kein Konsensus darüber besteht, ob und was an der Commune „feiernswert“ sei.

Friedrich Engels pries die Pariser Commune 1891 als nichts weniger als die „Diktatur des Proletariats“, welche gemäß dem Historischen Materialismus von Marx und Engels eines Tages zwangsläufig den Übergang von der ausbeuterischen kapitalistischen zur paradiesischen klassenlosen Gesellschaft sicherstellen würde (obwohl beide niemals klar sagen konnten, wie das ablaufen sollte, und überdies ihre Meinung dazu ständig änderten).

Doch im Grunde bestätigen Konservative diese Sichtweise, wenn sie wie Rudolph Granier, ein Pariser Gemeinderat der Mitte-Rechts-Gruppierung Les Républicains, Feiern mit der Begründung ablehnen, dass die Commune analog zum Kommunismus marx-engelscher Prägung zwar vielleicht gut gemeinte Ideen gehabt habe, aber letztlich mit deren Ausführung auf blutige Weise gescheitert sei. Somit haben wir es mit zwei stark divergierenden Bewertungen auf der Linken und auf der Rechten zu tun. Ich möchte daher in rankescher Manier darzustellen versuchen, was die Commune eigentlich gewesen ist, und nicht, was sie ideologischen Wunschvorstellungen gemäß hätte sein sollen oder sein können.

## Das Vorspiel

Nach der Niederlage bei Sedan vom 1. September 1870 setzte das französische Parlament am 4. September Kaiser Napoleon III. ab und rief die Dritte

Französische Republik aus. Gleichzeitig bildeten Abgeordnete eine „Regierung der nationalen Verteidigung“ um Jules Favre und Léon Gambetta, um nach dem Motto, dass bei Sedan nicht die französische Nation, sondern nur das korrupte royalistische System besiegt worden sei, den Krieg mittels Massenaushebungen im Sinne der *Levée en masse* von 1793 fortzusetzen. Weil der Dienst gut bezahlt war, füllten sich die Ränge der Nationalgarde, einer Art Volkswehr, mit Mitgliedern der Pariser Unterschichten.

Am 11. September kam es mit der Formierung des „Republikanischen Zentralkomitees der zwanzig Stadtbezirke“ zur Bildung einer unter dem Einfluss extrem linker Politiker (wie Louis-Auguste Blanqui) stehenden Gegenregierung, die auch die Bildung einer Stadtregierung für Paris forderte – eine solche hatte nämlich nur von 1789 bis 1794 sowie noch einmal 1848 existiert; ansonsten wurde Paris als Teil des Département Seine von einem vom Staat ernannten Präfekten verwaltet.

Die deutsche Belagerung von Paris begann kurz darauf am 19. September, und da die Aushebung neuer Armeen keine Verbesserung der misslichen Lage gebracht hatte, die französische Landbevölkerung kriegsmüde geworden war und Bismarck unbedingt einen langwierigen „Volkskrieg“ vermeiden wollte, einigten sich beide Seiten auf den Waffenstillstand vom 28. Januar 1871, der zur Entwaffnung der regulären französischen Streitkräfte führte.



Die Wahlen vom 8. Februar 1871 zu der sich in Bordeaux konstituierenden neuen Nationalversammlung erbrachten dann einen Sieg der von der bäuerlichen, konservativ-katholischen Landbevölkerung getragenen und von Royalisten dominierten „Friedensliste“. Paris verfügte auch nur über 43 der insgesamt 768 Sitze. Zwar konnte der neue konservative „Chef der Exekutive“, Adolphe

Thiers, die Systemfrage offenlassen, aber im Gegensatz zum Friedenswillen der Regierung befürwortete die Nationalgarde, die sich während der Belagerung mit dem „Republikanischen Bund der Nationalgarde“ eine Dachorganisation zugelegt hatte, weiterhin einen *Guerre à outrance* (Krieg bis zum Äußersten), was zu wiederholten Unruhen und Putschversuchen in Paris geführt hatte.

Während der deutschen Siegesparade in Paris am 1. März verhielt sich die Nationalgarde aus taktischen Gründen noch ruhig. Aber da sie aus Angst vor einem Volksaufstand nicht entwaffnet worden war, stellte sie nicht nur eine potenzielle Bürgerkriegsarmee dar, sondern schuf am 15. März mit dem „Zentralkomitee der Nationalgarde“ ein Exekutivorgan des Republikanischen Bundes der Nationalgarde, das gleichzeitig auch als provisorische Stadtregierung fungierte. Da dieses Zentralkomitee von Soldatenräten gewählt worden war und bald das Komitee der 20 Bezirke sowie die Bezirksbürgermeister – darunter der spätere Ministerpräsident Georges Clemenceau als Bürgermeister des 18. Arrondissements, Montmartre – in den Schatten stellte, könnte man diese Herrschaftskonstruktion auch als Räterepublik bezeichnen.

Diese endete am 28. März mit dem Zusammentritt des zwei Tage zuvor von der Hälfte der wahlberechtigten Pariser gewählten Gemeinderates –



Colonne Vendôme; zwischen 1860 und 1870

dem *Conseil de la Commune de Paris*, kurz Commune genannt – im Pariser Rathaus. Das Zentralkomitee der Nationalgarde hatte die Wahlen ausgerufen, um Paris endlich eine richtige, zivile Stadtregierung zu geben und behielt sich nur die militärischen Agenden vor.

### Ein süßer Hauch von Revolution

Der Zündfunke für diese Entwicklung war ein Ereignis am 18. März gewesen, das bereits die Schwierigkeiten bei der Beurteilung der Commune enkapsuliert, da dessen Bewertung sehr stark von Emotionen und ideologischen Präferenzen abhängt: Eine reguläre Einheit unter General Claude Lecomte sollte die 227 Kanonen, die von der Nationalgarde aus den Arsenalen entwendet und auf der Anhöhe des Montmartre, einem proletarisch geprägten Stadtviertel, stationiert worden waren, wieder in den Besitz der Armee überführen. Die Truppe wurde von Nationalgardisten und Mob bedrängt und weigerte sich (nach der tödlichen Verwundung eines Wachmanns), Lecomtes Schießbefehl zu befolgen. In weiterer Folge wurden Lecomte sowie General Clément-Thomas, der zufällig in das Geschehen einbezogen worden war und wegen seiner harschen Maßnahmen während der Belagerung verhasst war, vom Mob und rebellierenden Soldaten gelyncht.

Am Anfang steht somit die abstoßende anarchistische Gewalt der Aufständischen. Aber hatte nicht der General zuerst einen Schießbefehl erteilt? Ja, werden Konservative entgegenen, aber die Kanonen waren schließlich Eigentum der Armee der legitimen Regierung und nicht der aufrührerischen Nationalgarde. Nein, daraufhin die Freunde der Commune, die Nationalgarde verkörperte den echten Volkswillen, während die Regierung die Belange der Franzo-



sen durch den Waffenstillstand verraten hätte. Und in dieser Tonart sollte es weitergehen.

Radikale Stimmen forderten einen sofortigen Marsch auf Versailles (mittlerweile der Sitz der Nationalversammlung), der jedoch zum Glück der Regierung Thiers, die am 18. März ebenfalls nach Versailles geflohen war, unterblieb. Am 22. März wurde eine Demonstration der konservativen „Freunde der



Die umgestürzte Colonne Vendôme, 1871

Ordnung“ von der Nationalgarde blutig niedergeschlagen, woraufhin ein Großteil des Bürgertums die Stadt verließ. Am 2. April attackierten Versailler Truppen die Commune bei Courbevoie, die im Gegenangriff vergeblich versuchte, die Versailler Regierung zu stürzen. Es kam zu weiteren nadelstichartigen Angriffen der Versailler und symbolischen Akten der Commune, wie die Zerstörung des Hauses von Thiers oder der Abbau der an die Siege des ersten Napoleon erinnernden *Colonne Vendôme*, nachdem man dessen Statue herabgestürzt hatte.

Der entscheidende Schlag erfolgte, sobald Thiers mit Bismarcks Einverständnis eine zum Großteil aus ehemaligen Kriegsgefangenen bestehende Streitkraft von 170.000 Mann aufgestellt hatte. In der sogenannten *Semaine sanglante*, der „blutigen Woche“ von 21. bis 28. Mai 1871, eroberten reguläre Truppen unter dem Verlierer von Sedan und späteren Staatspräsidenten, Marschall Patrice de MacMahon, das „rote“ Paris für die Versailler Regierung in erbittert geführten Straßen- und Barrikadenkämpfen zurück. Diese Situation erinnert stark an die Rückeroberung des revolutionären Wiens für die Habsburger durch Alfred Fürst zu Windisch-Grätz im Oktober 1848.

Gleichzeitig bedeutete die Eroberung von Paris als dem letzten Widerstandsnest auch, dass die

Franzosen selbst den Schlusspunkt im Deutsch-Französischen Krieg setzten, indem sie gewissermaßen die „Drecksarbeit“ für ihren Gegner erledigten, ähnlich wie die Rote Armee 1944 zuwartete, bis die Deutschen den Warschauer Aufstand niedergeschlagen hatten, bevor sie selbst Polen vollständig eroberte. Dazu ist allerdings anzumerken, dass Bismarck, der von der Commune weltanschau-

lich nicht weiter entfernt hätte sein können, die Sache auf seine typische Art ziemlich pragmatisch betrachtete und sich auch ein Abkommen mit den Communarden vorstellen konnte.

Die Opferzahlen sind umstritten. Während die Armee 900 Tote zu beklagen hatte, fielen mindestens 7.000 – ältere Schätzungen sprachen von 20.000 bis 40.000 – Communarden im Kampf oder wurden standrechtlich erschossen. Im Gegenzug ermordete die Commune etwa 70 Geiseln, hauptsächlich Polizisten und Kleriker, darunter auch Georges Darboy, den Erzbischof von Paris. Der ursprüngliche Plan, für jeden getöteten Communarden drei Geiseln zu erschießen, wurde nicht ausgeführt. Außerdem wurde eine Reihe von Gebäuden, darunter der Tuileries-Palast sowie das Rathaus selbst, abgebrannt.

#### Versuch einer Einordnung

Was bedeuten nun diese Fakten für die Beurteilung der Commune? Eine Art „Klassenkampf“ war es wohl angesichts der mehrheitlichen Komposition der Nationalversammlung (Besitzbürger und Landbesitzer) und der Communarden (Arbeiter, Handwerker, Kleinbürger), aber für eine im Sinne der marxistischen Doktrin handelnde „Diktatur des Proletariats“ war die Zusammensetzung der Commune eindeutig zu bunt:



Barrikade an der Place Vendôme

Die „Radikalen“ (die Partei Clemenceaus) waren linksliberale Bürgerliche, die für städtische Autonomie und das populäre linke Schlagwort von der *République démocratique et sociale* eintraten. Letzteres war auch das Ideal der „Kollektivisten“ (Mitglieder der sozialistisch-marxistischen I. Internationale) sowie der Anhänger Proudhons, eines utopischen Sozialisten. Die „Jakobiner“ orientierten sich an der radikalen *Bergpartei* im Nationalkonvent von 1792. Radikale Revolutionäre waren auch die nach ihrem Anführer benannten „Blanquisten“, sowie einige, die sich als „unabhängige Revolutionäre“ bezeichneten. Praktisch alle, die sich nicht explizit als Marxisten deklarierten, galten Marx als Abweichler.

Ebenso inkohärent waren die verschiedenen Ziele der einzelnen Gruppierungen: Es gab Inter-

nationalisten (Kollektivist, Proudhonisten) und Nationalisten (Jakobiner), Zentralisten (Jakobiner) und Autonomisten (Radikale), Umstürzler (Jakobiner, Blanquisten) und Reformer (Radikale, Proudhonisten). Es bestand weder Einigkeit hinsichtlich der Priorität der Ziele noch hinsichtlich der Mittel zu deren Umsetzung. Das Einzige, was alle gemeinsam hatten, war ein ausgesprochener Antiklerikalismus, ja Hass auf die katholische Kirche als „Mitschuldige der Verbrechen der Monarchie gegen die Freiheit“.

Ein schönes Beispiel für die innere Widersprüchlichkeit der Commune ist der Vorschlag des Malers Gustave Courbet, anstelle der *Colonne Vendôme* eine neue, aus deutschen und französischen Geschützen gegossene Säule aufzustellen, um statt Napoleons schrecklicher Kriege die Verbrüderung der beiden kriegführenden Völker im internatio-



Das Rathaus nach der Zeit der Pariser Kommune

nalistischen Geiste zu feiern. Diese Idee ist nicht nur eine Absage an die Fortsetzung des Krieges, sondern nimmt gleichnishaft die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl von 1951, welche durch die administrative Verschmelzung der deutschen und französischen Schwerindustrie bewaffnete Konflikte zwischen den beiden Ländern unmöglich machen und zur Keimzelle der späteren Europäischen Union werden sollte, vorweg.

Die tatsächlich erfolgten Beschlüsse der Commune lesen sich äußerst moderat, vermutlich weniger aufgrund mangelnder Radikalität, sondern aus Uneinigkeit und Zeitmangel. Überdies mussten sich die darin unerfahrenen Communarden zunächst hauptsächlich dem Wiederaufbau der Stadtverwaltung einer Zweimillionenstadt widmen, bevor sie,

wie von der „Diktatur des Proletariats“ erwartet, die Aufhebung des Staates an sich hätten durchführen können.

Wenig überraschend war der wichtigste Beschluss die Trennung von Kirche und Staat, die auch von den späteren Siegern übernommen wurde und heute selbstverständlich ist. Weitere Dekrete betrafen etwa den rückwirkenden Erlass fälliger Mieten, den Erlass über die Rückgabe verpfändeter Gegenstände, die Abschaffung der Nachtarbeit für Bäckergehilfen, eine Pension für legitime (und illegitime) Waisen gefallener Nationalgardisten sowie die Überführung von Fabriken geflohener Besitzer in Kollektiveigentum. Härtere sozialistische Maßnahmen, wie die Verstaatlichung der *Banque de France*, unterblieben, was wohl auch mit einem der Commune gewährten Kredit von 16 Millionen Francs zusammenhing.



...zwischen zwei Banden von Verrückten...



Während die Fortsetzung des Krieges in der Tradition der *Levée en masse* eine konkrete Anknüpfung an die Revolution von 1789 – wenn nicht der Urgrund der Commune an sich – war, so waren die Gründung eines mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten „Wohlfahrtsausschusses“, dessen Name unweigerlich an den „Großen Terror“ von 1793/94 erinnerte, sowie die Wiedereinführung des Revolutionskalenders und scharfer Tugendregeln à la Robespierre zumindest symbolische Anklänge an die radikale Phase jener Revolution. Ob dies, wie schon während der Französischen Revolution, primär eine Reaktion auf die immer bedrohlicher werdende Lage war, oder ob damit bewusst der Weg in eine – Gegner werden sagen: inhärente – radikalere und gewalttätigere Zukunft eingeschlagen werden sollte, bleibt offen.

Dennoch ist wohl grundsätzlich der Historikerin Mathilde Larrère zuzustimmen, dass die Commune kein Proto-Sowjet und die Communarden nicht das revolutionsbewusste Proletariat im Marxschen Sinne, sondern vielmehr die Nachfahren der *Sansculottes*, der Pariser Arbeiter und Kleinbürger von 1789, waren, die sich Selbstverwaltung und eine demokratischere und sozialere Republik wünschten. Und es haben auch jene recht, die wie Sebastian Haffner die Commune einfach als Kristallisationspunkt auf dem Weg in die Moderne sehen, an dem erstmals Themen prominent diskutiert wurden, die später eine noch größere Rolle spielen und heiß umstritten bleiben sollten, wie „Demokratie oder Diktatur, Räte-System oder Parlamentarismus, Sozialismus oder Wohlfahrtskapitalismus“. Andere, wie Säkularisierung und Frauenemanzipation, sind aus



Klubsitzung, Pariser Kommune; Jules Worms

der Moderne nicht mehr wegzudenken, wobei diese natürlich nicht ausschließlich auf das Wirken der Commune zurückzuführen sind.

Manches wiederum geht bereits über gegenwärtig diskutierte Themen hinaus, wie etwa die automatische Verleihung der Staatsbürgerschaft an in Paris lebende Fremde. Es sollte einen hellhörig machen, wenn die kommunistische Stadträtin

Raphaëlle Primet meint, dass die Commune für „progressive Werte“ wie die Rechte von Migranten stehe, oder dass das Schiff einer jener NGOs, die heute „Flüchtlinge“ aus dem Mittelmeer „retten“, nach einer Galionsfigur der Commune, der Anarcho-Feministin Louise Michel, benannt ist.

Wenn man boshaft sein möchte, könnte man an dieser Stelle auch fragen, ob die einigen höherrangigen Communarden nachgesagte Genusssucht nicht ebenfalls ihren Widerhall in der Gegenwart findet. So sprachen die Kollegen des Polizeichefs Raoul Rigault trotz Tugendkatalog in ihrer Freizeit gerne großen Mengen an edlen Speisen und Getränken zu und verlegten sogar ihre Lieblingsbrauerei in die Nähe der Polizeipräfektur. Auch heutige Linke haben kein Problem damit, das Leben der Normalbürger zu verteuern, während sie sich als gutbezahlte Funktionäre sämtliche Annehmlichkeiten wie noble Wohnbezirke und Restaurants, Privatschulen und Flugreisen weiterhin leisten können.

#### Abschließende Betrachtungen

Doch zurück zu der Frage, was denn historisch von der Commune übrigbleibt? Je mehr sich eine Beschreibung um Klarheit und Knappheit bemüht,



...jenen in Paris und jenen in Versailles...



desto allgemeiner wird sie ausfallen, da sie nicht sämtliche hier diskutierte Faktoren berücksichtigen kann. Gerade weil jedoch die Geschichte der Commune auch Ansätze zu einer radikaleren Ausprägung bietet bzw. so abrupt wie blutig endete, wird es dennoch nicht möglich sein, sich auf eine vage und scheinbar unverfängliche Definition – wie „linkslinke Pariser Stadtregierung, die um soziale Reformen bemüht war“ – zu einigen.

Wie sehr die Pole schon damals auseinanderklafften, zeigt sich daran, dass die Vermittlungsversuche von Clemenceau, der sich als Linksliberaler im Spektrum der Commune am rechten Rand befand, daran scheiterten, dass die radikalen Communarden ihn für zu gemäßigt hielten, während die ländlichen Abgeordneten in der Nationalversammlung ihn als Extremisten betrachteten. Clemenceau selbst sah seinesgleichen als zwischen zwei Banden von Verrückten, jenen in Paris und jenen in Versailles, gefangen.

Daher wird für die einen die Commune wegen ihrer grausamen Unterdrückung das „Golgotha“ der Weltrevolution (Haffner) und eine Inspiration für die Zukunft bleiben. Für die anderen weckt sie mit ihren Geislerschießungen und dem Wohlfahrtsausschuss Erinnerungen an die gewalttätigen Phasen früherer und späterer Revolutionen. Das war auch seinerzeit der Grund für die Härte der Versailler, die eine Ausweitung der Rebellion fürchteten und denen noch die Erinnerung an die Revolutionen von 1830 und 1848 in den Knochen steckte.

Gewiss war die Niederschlagung der Commune äußerst brutal. Der leiseste Verdacht, wie (möglicherweise von Pulver) geschwärzte Hände oder eine



Barrikade, Pariser Kommune; André Devambez

(möglicherweise vom Gewehrkolben) geschwollene Schulter, genügte, um hingerichtet zu werden. Das Denunziantentum blühte, und manche Rädelsführer wurden angeblich „mehrmals“ erschossen, weil man schlichtweg den Falschen erwischt hatte. Ob die Commune im Falle ihres Sieges mit den Verlierern gnädiger verfahren wäre, bleibt spekulativ. Ich kann mich an linke Kommilitonen aus

meiner Studienzeit erinnern, die sich besonders von der Erschießung der Kleriker angetan zeigten, was aber wohl eher ein bezeichnendes Licht auf die Gemütsverfassung heutiger Commune-Fans wirft, als auf die Commune selbst.

Nicht zuletzt wegen dieser Bluttaten und vor allem wegen der sich damals gegenüberstehenden Lager reißt jede Diskussion über die Commune – genauso wie es auch im Zusammenhang mit der Dreyfus-Affäre oder Vichy-Frankreich wäre – den 1789 entstandenen Graben zwischen den *deux Frances*, dem liberal-republikanischen und dem katholisch-royalistischen, sofort wieder auf. Nichts symbolisiert diese Spannung und erklärt die Schwierigkeiten bei den diesjährigen Gedenkveranstaltungen besser als der Umstand, dass der große Platz vor der Basilika Sacré-Cœur auf dem Montmartre, die als „Sühne für die Verbrechen der Commune“ gestiftet worden war, nach Louise Michel benannt ist.

Zum Abschluss dieser Betrachtungen sei jedoch der Versuch einer unzweideutigen historischen Einordnung der Commune in einem größeren vergleichenden Zusammenhang erlaubt. Wenn man die Ereignisse rund um die Commune als Revolution betrachtet und sie in eine Reihe stellt mit den anderen bedeutenden „Atlantischen Revolutionen“ der



*Ob die Commune im Falle ihres Sieges mit den Verlierern gnädiger verfahren wäre, bleibt spekulativ.*



Massenerschießung gefangener Kommunisten in den Höfen der Lobau-Kaserne beim Rathaus; Frédéric Théodore Lix

Neuzeit, die sich seit der Amerikanischen Revolution bis in das späte 19. Jahrhundert auf beiden Seiten des Atlantiks ereigneten, so ist es durchaus möglich, der Commune ein in unserem Kontext nicht unbedeutendes Alleinstellungsmerkmal zuzuerkennen.

Zunächst war sie keine jener von Bürgerlichen getragenen und bürgerliche Ziele verfolgenden nationalen Unabhängigkeitsbewegungen wie die amerikanische (1765-83), die irische (1798) oder die lateinamerikanische (1810-25). Sie war auch kein Sklavenaufstand wie in Haiti (1791-1804) oder das Verfassungsprojekt eines Adelsparlaments wie in Polen-Litauen (1788-92), sondern sie gehört zu jener Kategorie von Revolutionen, die ein sozialistisch-proletarisches Element aufweisen und dem-

entsprechend von Sozialisten vereinnahmt werden. Unter diesen zeichnet sich die Commune dadurch aus, dass sie nicht anfangs eine Phase durchlief, in der das Bürgertum die alleinige oder eine mitentscheidende Rolle spielte und sozialistische Ziele daher erst nach einem bestimmten Zeitraum auf die Fahnen geschrieben wurden, sondern dass sie von Anbeginn maßgeblich vom Proletariat getragen und von mehr oder weniger radikalen Sozialisten geführt war.

Freilich war es auch schon vorher zu genuinen Arbeiterrevolten gekommen, wie die Aufstände der Lyoner Seidenweber 1831, 1834 and 1848. Aber diese wurden niedergeschossen, bevor sie die Möglichkeit gehabt hätten, ein Regierungssystem oder



*Im Vergleich zum russischen Bürgerkrieg mit seinen Millionen von Opfern auf beiden Seiten war die Commune ein Kindergeburtstag.*



Pariser Kommune, Leichen von Kommunarden; Alfred Darjou

Programm auch nur ansatzweise umzusetzen. Die Commune jedoch besaß diese Möglichkeit, wenn auch nur für 62 Tage. Und weil sie von allen Revolutionen dem, was man als „sozialistisch“ bezeichnen kann, am nächsten kam, ist ihre Strahlkraft im linken Lager bis heute ungebrochen. Und so diente sie dann auch als Vorbild für spätere Revolutionen.

Lenin zum Beispiel war ein glühender Bewunderer der Commune, und die Brutalität, mit der er seine Herrschaft zementierte, beruhte zum Teil auf der Lehre, die er aus den Erfahrungen der Commune gezogen hatte, nämlich dass der Gegner vor nichts zurückschrecken würde, um eine Revolution zu verhindern. Er sollte recht behalten, denn im Vergleich

zum russischen Bürgerkrieg mit seinen Millionen von Opfern auf beiden Seiten war die Commune ein Kindergeburtstag.

Allerdings war sie mit Sicherheit sozialistischer und proletarischer als Lenins eigene „Große Sozialistische Oktoberrevolution“, die weder groß, noch sozialistisch, noch eine echte Revolution war und nicht einmal im Oktober, sondern laut dem damals in Russland gültigen Julianischen Kalender am 7. November 1917 stattfand, und eher einen Putsch durch eine – trotz ihrer irreführenden Selbstbezeichnung als „Mehrheitler“ (Bolschewiki) – sektiererische Kaderpartei darstellte, gestützt auf eine meuternde Bauernarmee anstelle der kaum vorhandenen Industriearbeiterschaft.

# Die Pariser Kommune im Kontext

Von Arnulf Helperstorfer



Die Pariser Kommune, obwohl räumlich und zeitlich eng begrenzt, bewegt bis heute vor allem Anhänger linker Gruppierungen weltweit. Sie wird als erste sozialistische Herrschaft der Moderne wahrgenommen und ist so zum Mythos der Linken geworden. Unzählige Lieder, Filme, Romane und historische Darstellungen legen beredtes Zeugnis dieser Tatsache ab. Doch bereits die Zeitgenossen wie Marx und Engels, Bakunin und Kropotkin sowie die späteren bolschewistischen Führer Lenin und Trotzki beschäftigten sich ausgiebig mit der Kommune.

Gleichzeitig war die Kommune auch ein wichtiger Wendepunkt in der Geschichte der sozialistischen Bewegungen. Gab es vor und in der Kommune eine Vielzahl widerstreitender Ansätze, setzte sich nach 1871 der Marxismus als dominante Kraft der Linken durch. Um diesen Entwicklungen, aber auch die Kommune selbst nachvollziehen zu können, ist ein Blick auf ihre Vorgeschichte unerlässlich.

Ihr dezidiertes Vorbild war die erste Pariser Kommune zur Zeit der Französischen Revolution von 1789, insbesondere in ihrer radikalsten Phase während der Jakobinerherrschaft. Bereits der Name selbst und die Organisation in Sektionen ist dabei bewusst gewähltes Programm. Manche Publizisten des Jahres 1871 wählten für ihre Zeitungen klingende Name aus der großen Revolution wie *Le père Duchesne* – angelehnt an die gleichnamige Zeitschrift Jacques-René Héberts. Auch der alte Revolutionskalender wurde wieder verwendet, so dass sich die Pariser unversehens im Jahr LXXIX (nach Beginn der Französischen Revolution) wiederfanden.

Selbst die außenpolitische Situation schien ähnlich: Frankreich im Krieg gegen reaktionäre Mächte

aus Deutschland – 1792/93 Österreich und Preußen, 1871 Preußen und kleinere deutsche Monarchien. Gleichzeitig machte sich auf dem Land die royalistische Reaktion breit. Waren es 1793 königstreue Aufstände wie in der Vendée und der Bretagne, so stand 1871 eine monarchistische Nationalversammlung den republikanischen Parisern gegenüber. Wie einst sollte die Volksbewaffnung die Rettung bringen. Vor allem gegen Ende ihrer Herrschaft griffen die 1871er Kommunarden wieder auf jenes Werkzeug zurück, das der Herrschaft der Jakobiner ihren Namen gegeben hatte, den Terror. Insbesondere die späteren Bolschewiki haben es ihnen in völlig neuen Dimensionen nachgetan.

Schon 1793 waren es die Pariser Unterschichten gewesen, auf die sich die Herrschaft der Jakobiner gestützt hatte. Das Bündnis der bürgerlichen Jakobiner um Robespierre mit den kleinbürgerlich-frühproletarischen Sansculotten war jedoch keineswegs spannungsfrei und zerbrach, als nach den Erfolgen der Revolutionsarmeen die unmittelbare Gefahr für die Erste Republik gebannt war. Beim Sturz Robespierres und seiner Getreuen blieben die Sansculotten weitgehend untätig, wenngleich dies viele später bereuten. Dennoch sollten die Pariser Unterschicht-



*Schon 1793 waren es die Pariser Unterschichten gewesen,  
auf die sich die Herrschaft der Jakobiner gestützt hatte.*



ten bei jeder weiteren revolutionären Erhebung in Frankreich bis hin zur Kommune von 1871 eine maßgebliche Rolle spielen. Gleichzeitig blieb der Gegensatz zwischen bürgerlichen Republikanern und sozialrevolutionären Unterschichten bestehen.

#### Die Gleichheit des Gracchus

Die Kommune von 1871 kopierte nicht nur Symboliken und Maßnahmen der Französischen Revolution, auch ihre weltanschaulichen Samen wurden damals gepflanzt. Neben den republikanischen Jakobinern waren es vor allem die Frühsozialisten der 1790er-Jahre, die Pate standen. Die *Enragés* mit ihrem Anführer Jacques Roux etwa waren eine radikale Splittergruppe, deren Endziel die totale soziale Gleichheit war. Damit gerieten sie schnell in Konflikt mit den Jakobinern; Roux nahm sich 1794 in der Haft das Leben, nachdem er selbst zuvor immer für eine Verschärfung des Terrors eingetreten war. Waren die *Enragés* in der Revolution selbst nur eine Fußnote, erlangten sie durch die Rezeption von Karl Marx als Vorläufer des Kommunismus späte Bekanntheit.

Für die Kommune von 1871 war eine andere Persönlichkeit der 1790er Jahre von wesentlich größerer Bedeutung, François Noël Babeuf, der sich nach den antiken Volkstribunen „Gracchus“ nann-



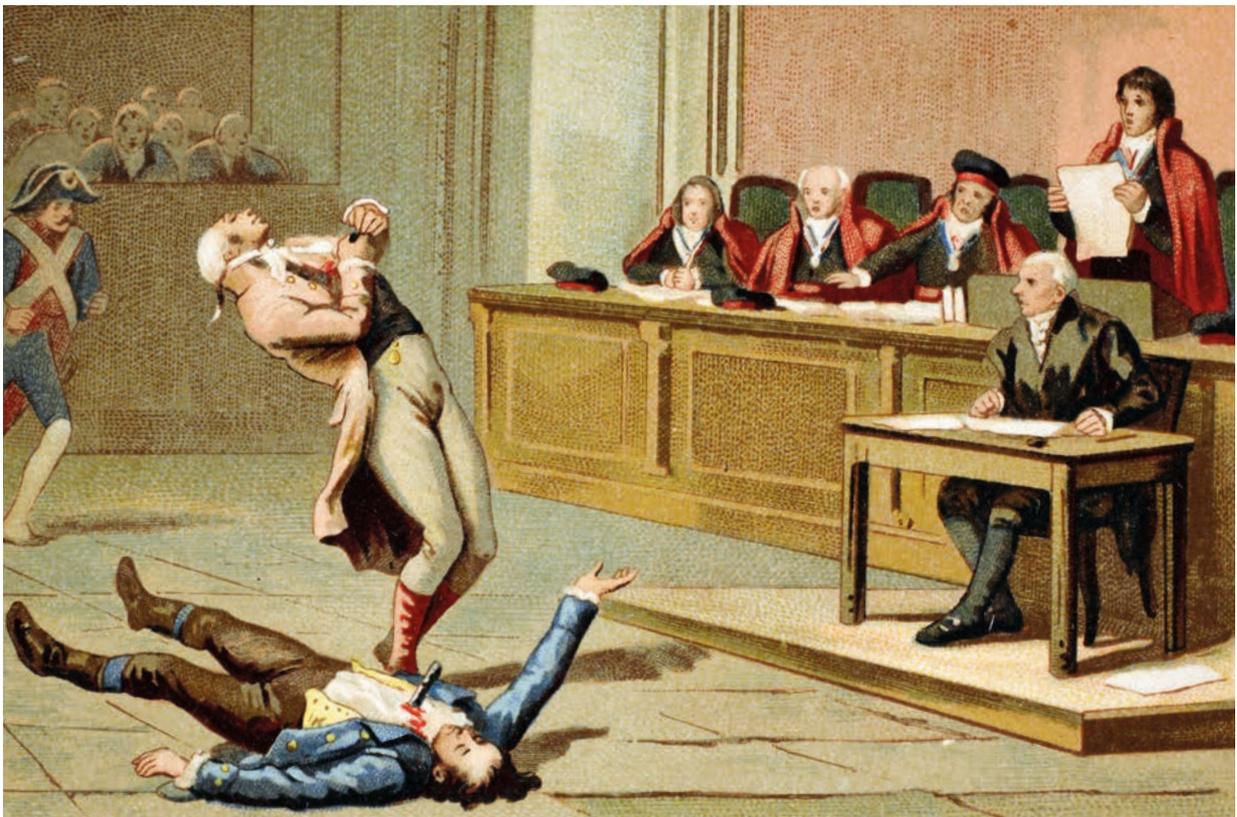
Aufstand der Gleichen 1796, Kupferstich  
Von Babeuf organisiert, durch Verrat gescheitert

te. Das direkte Wirken Babeufs und seines 1795 gegründeten Geheimbundes *Verschwörung der Gleichen* war kurz und endete für ihre Anführer auf dem Schafott. Dass Babeuf dennoch zu einer der prägendsten Gestalten des frühen Sozialismus wurde, lag vor allem an seinem Freund und Mitverschwörer, dem italienischen Adligen Filippo Buonarroti, der die Ideen Babeufs und der „Gleichen“ 1828 publizierte. Indem die Ungleichheit abgeschafft und damit das allgemeine Glück wiederhergestellt werde, sollte das Endziel der perfekten Gemeinschaft erreicht werden.

Babeuf griff damit den Gedanken des Philosophen Rousseau wieder auf, der Mensch habe einst in einem glücklichen Urzustand der Gleichheit gelebt, den er in seinem vollständig durchorganisierten Gemeinwesen nunmehr wiederbeleben will. Neben anderen gleichheitsfördernden Vorschlägen wie Enteignung allen Eigentums, Einheitskleidung, Arbeitspflicht und staatlicher Kindererziehung ist das Babeuf'sche Gemeinwesen von einer Reihe Zwangsmaßnahmen geprägt, die man heute mit einem totalitären Staat identifizieren würde. Zwangsarbeit, Lager, Auflösung der Städte zugunsten kleinerer Kommunen, Kommissionen mit außerordentlichen Vollmachten zur Verfolgung der „Pflichtvergessenen“, Abschot-



*Im Fall eines Umsturzes sollten  
diese Männer dann die Macht übernehmen.*



Prozess gegen Babeuf und seine Mitverschwörer in Vendôme 1796; Farblithographie, um 1900, Teil einer Sammelbildchen-Serie

tung vom Ausland sowie ein geheimes Gremium, das die gewählte Volksvertretung kontrolliert, sollen die Einheitsnation der Glücklichen vor verderblichen Einflüssen schützen. Da jedoch das Volk selbst nicht zur Schaffung dieser Utopie fähig sei, so Babeufs Lehre aus der Französischen Revolution, müssten sich die Vorkämpfer der neuen Ordnung zunächst im Geheimen organisieren. Im Fall eines Umsturzes sollten diese Männer dann die Macht übernehmen, um die wahre Demokratie der Gleichheit zu vollenden. Es war die Anleitung zu einer revolutionären Kaderpartei als Vorbereitung für die revolutionäre Diktatur.

Babeufs Idee des revolutionären Geheimbundes wurden in der Zeit der Restauration und der Unterdrückung aller revolutionären Bestrebungen von besagtem Buonarotti, einem der ersten Berufsrevolutionäre Europas, nicht nur weitergeführt, sondern auf ganz Europa ausgedehnt. Unter seiner Federführung entstand ein Netzwerk an Geheimbünden mit dem Namen *Monde*, dessen hierarchische Organisation von Freimaurern, Illuminaten und kirchlichen Orden inspiriert war. Die mit Buonarotti in Verbindung stehenden Personen und Gruppen waren zwar allesamt Revolutionäre, aber keineswegs allesamt Sozialrevolutionäre. Nationalistische, de-



*Nationalistische, demokratische, liberale und teilweise frühsozialistische Ideen kursierten in diesen Zirkeln.*



Blanquis Beerdigung in Père-Lachaise

mokratische, liberale und teilweise frühsozialistische Ideen kursierten in diesen Zirkeln, ohne dass man von einer einheitlichen Ideologie sprechen könnte.

Entgegen Buonarottis Vorstellungen waren viele der geknüpften Verbindungen nur temporär und lose. Einer dieser temporären Mitstreiter war der Deutsche Karl Follen, einer der Initiatoren der radikaldemokratisch-burschenschaftlichen *Gießener Schwarzen*, der kurzzeitig sogar Mitglied der Führungsriege von Buonarottis Geheimbund war. Buonarotti beeinflusste ebenso den Italiener Giuseppe Mazzini, einen der wichtigsten Vorkämpfer der italienischen Einheit und Mitglied der *Carbo-*

*nari*. Wenn auch die meisten dieser Bünde nur von kurzer Dauer waren, so haben ihre Mitglieder und Ideen das 19. Jahrhundert in Europa stark geprägt.

### Der Blanquismus

In seinen letzten Lebensjahren scharte Buonarotti einen kleinen Kreis Gleichgesinnter um sich, die die Fackel der Revolution weitertragen sollten. Der bedeutendste unter ihnen war der Anwalt Louis-Auguste Blanqui. Blanqui machte sich die Ideen Babeufs und Buonarottis zu Eigen und spitzte sie zu: *„Die Tatsache soll nicht verschleiert werden,*



*Wie Buonarotti und Babeuf glaubte Blanqui nicht an die revolutionäre Kraft des Volkes oder der Proletarier.*



dass es zwischen den Klassen, die die Nation bilden, einen Krieg auf Leben und Tod gibt.“ Die Losung der Jakobiner, *Freiheit-Gleichheit-Brüderlichkeit*, änderte er wohl im Bewusstsein des Widerspruchs zwischen Freiheit und Gleichheit ab in *Einheit-Gleichheit-Brüderlichkeit*. Dem entsprechend war Blanqui, wenn er nicht gerade inhaftiert war, an jeder revolutionären Erhebung in Frankreich zwischen 1830 und seinem Tod beteiligt.

Wie Buonarotti und Babeuf glaubte Blanqui nicht an die revolutionäre Kraft des Volkes oder der Proletarier. Eine kleine, geheime und verschworene Gemeinschaft bedingungsloser Revolutionäre sollte die Führung übernehmen, womit er im Gegensatz zu den späteren Theorien von Karl Marx bezüglich der Proletarier als revolutionäres Element stand. Insbesondere von deutschen Sozialisten ist Lenin später der naheliegende Vorwurf gemacht worden, mit seiner Theorie der Partei als Avantgarde des Proletariats sei er ein Blanquist, was geradezu dem Vorwurf der Ketzerei gleichkam und eine entrüstete Entgegnung seinerseits zur Folge hatte. Die strikte Abgrenzung der späteren Marxisten vom aktionistischen Verschwörer Blanqui ergibt sich nicht nur aus den Meinungsunterschieden über die Rolle der Arbeiterschaft. Für Blanqui und seine Anhänger wurde die Revolution



Portrait Louis Auguste Blanqui  
Victor Larsky, circa 1850

zum eigentlichen Programm, deren Erfolg unter Anleitung der Verschwörer die angestrebte Gleichheit und die Diktatur des Proletariats mit sich bringen würde, die bei Blanqui jedoch eine Diktatur einer kleinen Gruppe und nicht der Gesamtheit des Proletariats wie bei Marx sein sollte.

Durch seine rastlose revolutionäre Tätigkeit und seine langen, harten Gefängnisstrafen wurde Blanqui unter den französischen Sozialisten zur Legende und zum Vorbild vieler Kommunarden, die auch versuchten, den inhaftierten Blanqui gegen den Erzbischof von Paris auszutauschen. Die Pariser Kommune, in der die Anhänger Blanquis den Sozialisten der I. Internationale noch deutlich überlegen waren, sollte jedoch die letzte Sternstunde des Blanquismus werden.

### Die I. Internationale

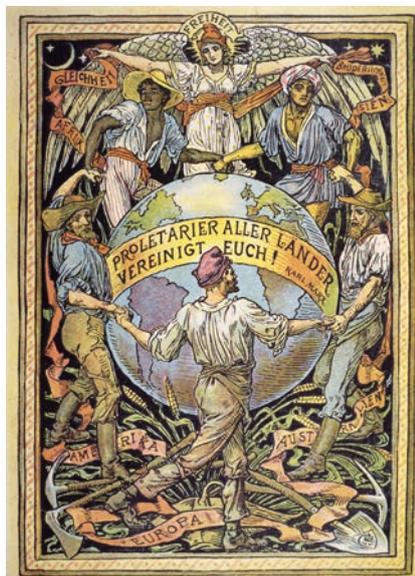
Die Ursprünge des ersten internationalen Zusammenschlusses sozialistischer Arbeiterbewegungen gehen noch in die Zeit des Vormärz zurück, als deutsche Emigranten in Frankreich den *Bund der Gerechten* gründeten, um eine soziale Umwälzung voranzutreiben. Nach einem gescheiterten Umsturzversuch gemeinsam mit Blanqui und seinen Anhängern musste der Bund nach England auswei-



*Marx plädierte für die Organisation der Proletarier  
in eigenen Parteien unter zentraler Führung der IAA*



chen, wo ihm 1847 Karl Marx und Friedrich Engels beitraten. Nachdem der Bund auf ihre Initiative in *Bund der Kommunisten* umbenannt und mit dem neuen Leitspruch *Proletarier aller Länder, vereinigt euch!* versehen worden war, verfassten Marx und Engels in seinem Auftrag das *Kommunistische Manifest*. War „Kommunismus“ vorher ein eher vager Begriff für radikale Feindschaft zum bestehenden politischen und sozialen System, gaben Marx und Engels ihm damit ein fest umrissenes Programm. In London trat mit Wilhelm Liebknecht



Proletarier aller Länder vereinigt Euch!  
Walter Crane, Holzschnitt, 1889

einer der Begründer der deutschen Sozialdemokratie dem Bund bei, übernahm Marx' Ansichten und bereitete damit den Weg für die marxistische Ausrichtung der späteren SPD.

Anfang der 1850er-Jahre löste sich der Bund wegen interner Streitigkeiten nach der erfolglosen Revolution von 1848 sowie aufgrund massiven behördlichen Drucks auf. Erst in den 1860er-Jahren erstarkten die sozialistischen Arbeiterbewegungen erneut, so dass 1864 in London die *Internationale Arbeiterassoziation (IAA)*, auch „I. Internationale“ genannt, von Vertretern aus vierzehn Staaten gegründet wurde. Zeit seines Bestehens bis 1881 war der politische Einfluss dieses Bundes gering, was sich auch in der Pariser Kommune zeigte, wo die Vertreter der IAA nur eine geringe Rolle spielten.

Zudem war der Bund geprägt von dem massiven Gegensatz zwischen den Anhängern Karl Marx' und Michael Bakunins, die sich insbesondere auf die Lehren Pierre-Joseph Proudhons, des „Vaters der Anarchisten“, beriefen. Marx plädierte für die Organisation der Proletarier in eigenen Parteien unter zentraler Führung der IAA, was von den Anarchisten um Bakunin, die jede Form der Herrschaft bekämpften, strikt abgelehnt wurde. Zudem wurde der aktionistische Kurs der Anarchisten, die auf die „Propaganda der Tat“, also das Vorbild

der direkten Aktion gegen die Herrschenden setzten, von Marx' Anhängern zugunsten des Aufbaus eines schlagkräftigen Parteiapparats verworfen.

**Marx und Lenin  
über die Kommune**

Es waren auch die Erfahrungen der Pariser Kommune, deren mangelnde Organisation zu ihrem Niedergang beigetragen hatte, die das Pendel nach 1871 immer mehr zugunsten der Marxisten ausschlagen ließ. Bereits direkt nach ihrem Ende begannen verschiedene linke Theoretiker und Revolutionäre, sich Gedanken über ihr Wesen und die Gründe ihres Scheiterns zu machen. Karl Marx selbst wurde vom Aufstand in Paris überrascht, hatte er doch seine



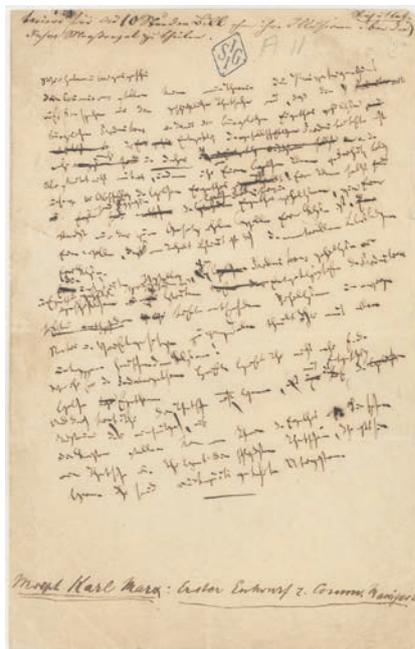
*Das Paris der Arbeiter, mit seiner Kommune, wird ewig gefeiert werden  
als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft.*



Hoffnung in die deutsche Arbeiterbewegung und nicht in die französische gesetzt.

Einer aus seiner Sicht unrealistischen Volkserhebung, wie sie sich bereits im Vorfeld der Pariser Kommune 1870 unter der Mitwirkung Bakunins in Lyon andeutete, stand Marx skeptisch gegenüber; er unterstützte zunächst die neu entstandene Republik. Da die Ideen der Kommunarden sich jedoch in den meisten Bereichen mit den Forderungen der IAA deckten, war dieser Standpunkt ohne massiven Reputationsverlust keinesfalls aufrechtzuerhalten. So begrüßte er die Kommune in seinem

Bericht für die IAA über den „Bürgerkrieg in Frankreich“ ausdrücklich: *„Das Paris der Arbeiter, mit seiner Kommune, wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft.“* Diese Parteinahme für die Kommune drückte zugleich auch die Vorstellung aus, dass sie nur eine Vorstufe zur klassenlosen Gesellschaft gewesen sei, in der die Arbeiterklasse als einzig wahrhaft revolutionäres Element das Kleinbürgertum mitgerissen habe – die Diktatur des Proletariats. Besonders positiv hebt Marx die Organisation der Kommune als direkt gewählte Stadträte, *„verantwortlich und jederzeit absetzbar“*, *„vollziehend und gesetzgebend zugleich“*, im Kontrast zur parlamentarischen Demokratie hervor – das Vorbild des kommunistischen



Einzig erhaltene Manuskriptseite des kommunitischen Manifests von Karl Marx

Rätesystems. Das Scheitern der Kommune führt Marx auf die Unmöglichkeit, die Revolution in die Provinzen zu tragen, zurück, was von den herrschenden Klassen erfolgreich unterbunden worden sei.

Wenig verwunderlich ähnelt die Analyse Lenins jener seines Vordenkers in vielem, wenngleich er andere Schwerpunkte setzt. Neben dem Rätesystem ist für Lenin vor allem *„das Zerschneiden, die Zerstörung der Staatsmaschine und ihre Ersetzung durch eine neue“* wesentlich. Unter dem Eindruck der realen Machtverhältnisse des Jahres 1917, als die Bolschewiki weder Mehrheiten in

den Räten noch Zugang zur provisorischen Regierung hatten, änderte Lenin seine Meinung, die zuvor in der Losung *Alle Macht den Räten!* zum Ausdruck gekommen war. Da die in den Räten dominierenden Menschewiki und Sozialrevolutionäre der Bourgeoisie zuzurechnen seien, könne man die Räte von 1917 nicht mit den wahrhaft revolutionären Räten von 1871 vergleichen. Es bedürfe einer Avantgarde, um das Volk zum Sozialismus zu führen, insbesondere angesichts der Bedrohungen von innen und außen. Oder wie es sein Genosse Trotzki ausdrückte, die *„Diktatur des Proletariats sei die unmittelbare Herrschaft des revolutionären Vortrupps“*. Es war der späte Triumph des Gracchus.

# Freiheit braucht Disziplin

Von Laila Mirzo



**R**evolutionierung des Alltags, Abschaffung des Privateigentums, Brechung des Leistungsprinzips, Proklamation des Lustprinzips – was sich heute wie ein hedonistisches Parteiprogramm anhört, war Ende der 1960-er Jahre das provokante Gegenmodell zum Adenauer-Deutschland. Ein Leben ohne Herrschaftssystem, ohne Besitzanspruch und allem voran: ohne Sexualmoral.

1. Januar 1967: Auf dem Höhepunkt der linken Studentenbewegung gründet sich eine politische Wohngemeinschaft in West-Berlin. Nachkriegsgeprägte Männer und Frauen heben die gesellschaftlichen Konventionen auf, politisieren, planen die Revolution, lieben und berauschen sich. Galionsfigur soll Berufshippie Rainer Langhans werden. Seine Liebschaft mit dem Fotomodel Uschi Obermaier und seine intime Beziehung zu mehreren Frauen, seinem „Harem“, sind heute legendär. Doch die Polit-WG war mehr als eine Sex-Kommune und Drogen-Höhle. Man stellte die klassische Kleinfamilie in Frage und blies zur sexuellen Revolution. Die freie Liebe war die nackte Antwort auf die rigide Sexualmoral des Bürgertums. Es galt: *„Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment!“*

In einer Zeit, in der außerehelicher Geschlechtsverkehr als „Unzucht“ galt und schon die Übergabe von Autoschlüsseln an ein verlobtes Paar den Tatbestand der Kuppelei erfüllte (wofür eine Gefängnisstrafe und der Ehrverlust drohte), brachen die Kommunarden sämtliche gängigen Tabus. Sie forderten u.a. die Abschaffung des Privateigentums und fingen konsequenterweise gleich bei sich selbst an. Ehe und Monogamie waren verpönt, man teilte auch seinen Partner mit der Welt.

In die Kommune kamen Menschen, die sich selbst finden, Menschen, die Liebe neu erfahren wollten, und Menschen, die mit diesem Lebensmodell ein politisches Statement setzen wollten. Zu letzteren gehörte auch Fritz Teufel, das personalisierte Feindbild des Bürgertums. Noch heute wird seine trotzige Antwort zitiert, als er sich vor Gericht erheben sollte: *„Naja, wenn's der Wahrheitsfindung dient!“* Zusammen mit seinen Kommunenbewohnern Rainer Langhans und Dieter Kunzelmann plante Teufel 1967 in Berlin das sogenannte „Pudding-Attentat“ auf den damaligen US-Vizepräsidenten Hubert H. Humphrey. Die Protestaktion flog auf und die verhinderten „Pudding-Attentäter“ wurden in Untersuchungshaft gesteckt. Fritz Teufel sollte sich aber weiter radikalieren, der „Spaßguerillo“ schloss sich später der terroristischen „Bewegung 2. Juni“ an. Bei seiner Festnahme 1975 trug er gar eine geladene Pistole und eine abgesägte Schrotflinte bei sich.

In Österreich wiederum war es vor allem der Aktionskünstler Otto Muehl, der öffentlichkeitswirksam den Sittenkodex brach. Seine „Aktionsanalytische Organisation“ (AA-Kommune) verkam jedoch schnell zu einer hierarchisch geführten Psychosekte, die mit dem Heilsversprechen der sexuellen Selbstbefreiung warb. Bis zu 600 Kommunarden scharte er in den 1970ern um sich. Letztendlich zerfiel die Utopie in einen Staub aus psychischem und physischem Missbrauch. Muehl wurde verurteilt, ist mittlerweile tot – die missbrauchten Kinder sind heute alte Leute, traumatisiert, unfrei.

Rückblickend kann man wohl das Fazit ziehen: Es erfordert ungemein viel Disziplin, ein disziplineloses Leben zu führen.



# Österreich



Newby Abbey (Dumfriesshire, Schottland)  
Stahlstich, um 1840, von A. Le Petit nach Zeichnung von David Roberts

# Provokationen

Ein Interview mit MMag. Wolfram Schrems



*Mut zur Wahrheit* – so hieß ein Sammelband, den der *Atterseekreis* vor einigen Jahren herausgegeben hat. Namhafte Persönlichkeiten von Barbara Kolm bis Hans Olaf Henkel haben in ihm aus ihrer Sicht „mutige“ Gedanken formuliert. Besonders der Beitrag von Andreas Unterberger hatte es den Linken angetan, konnte man ihn ja heranziehen, um die FPÖ als „neoliberalen“ Übeltäter hinzustellen. Dabei hatte sich weder die Partei, noch unser Verein, dies zu eigen gemacht. Aber so verläuft eben die öffentliche Debatte: Einerseits beklagt man mangelnden Pluralismus. Andererseits instrumentalisiert man jeden Satz gegen den Überbringer. Andersdenkenden zuzuhören wird so zum Wagnis.

**H**err MMag. Schrems, wir wollen es trotzdem wieder einmal wagen: Ich habe vor einigen Jahren ein Interview mit Dr. Marcus Franz geführt und ihn eingangs gefragt, ob er eine Provokation sei. Diese Frage brauche ich Ihnen gar nicht erst stellen. Als Kirchenmann alten Schlags müssen Sie doch eigentlich eine Provokation sein: ein Stachel im Fleisch unserer Gesellschaft, den wir nicht gerne spüren.

Ich freue mich, dass der *Atterseekreis* seit 2017 an meinen Beiträgen interessiert ist! Offenbar wird die „Provokation“ von der Leserschaft mit Wohlwollen oder zumindest mit intellektueller Offenheit aufge-



nommen. Ich muss aber relativieren: Ich bin nur ein einfacher Gläubiger und kein Amtsträger der Kirche. Ihre Formulierung „alten Schlags“ aber bejahe ich insofern, als ich mich in meinen Stellungnahmen am überlieferten und niemals veralteten Offenbarungsgut orientiere und damit die Generationen vor mir, also „die Alten“, nachahme. Das empfinden manche Zeitgenossen tatsächlich als „Stachel im Fleisch“. An den Reaktionen gemessen scheinen diesen „Stachel“ am meisten der organisierte Linksextremismus und die heimische Kirchenbürokratie zu spüren. Ersterer duldet keine Proklamation zugunsten des ungeborenen Menschenlebens und der Familie in der Öffentlichkeit, letztere hat sich in Kompromiss und Unterwürfigkeit mit der politischen Macht bequem eingerichtet.

Die FPÖ, zu der ja unser *Atterseekreis* gehört, ist historisch immer anti-klerikal gewesen, die traditionelle Heimat politisch engagierter Christen war die ÖVP. Hat sich das geändert? Ich frage das nicht zuletzt deshalb, weil Alfons Adam vor einigen Wochen verstorben ist, der mit der Partei *Die Christen* ja selbst einen politischen Versuch unternommen hat. Sein Nachfolger in der späteren CPÖ, Rudolf Gehring, der ja auch Präsidentschaftskandidat war, ist explizit deshalb aus der ÖVP ausgetreten: weil es dort mit dem christlichen Fundament nicht mehr weit her sei.

Die ÖVP, nach der Farbrevolution als *Die neue Volkspartei* auftretend, mag von manchen noch als Heimat politisch engagierter Christen verstanden werden. Aber diese Einschätzung beruht auf einem Irrtum. Zu oft sind christliche und naturrechtliche Positionen verraten worden. Christlich auftretende ÖVP-Kandidaten haben bei Wahlen die Aufgabe, Stimmen von Christen für die Partei zu akquirieren, einen erkennbaren Einfluss auf die Parteilinie üben sie nicht aus. Der Vollständigkeit halber sei angefügt, dass die Kirchenführung weltweit und in Österreich seit den 1960er-Jahren zur Entchristlichung der Politik selbst beigetragen hat. Die beiden von

Ihnen genannten Herren waren nicht nur – zu Recht – von der ÖVP enttäuscht, sie erfuhren auch keinerlei Unterstützung durch die Kirche.

Im Zuge diverser öffentlich gewordener Chatverläufe hat sich sogar das umgekehrte Bild ergeben, nicht? Die ÖVP hat mit Nachdruck mehr politische Neutralität von der Katholischen Kirche in Österreich eingemahnt, in besagtem Fall bzgl. der Migrationspolitik. Hier könnte man freilich fragen, ob das nicht mehr als verständlich ist. Die österreichische Politik ist ja doch keinem universalen Glaubensreich verpflichtet, sondern den sehr irdischen aktuellen Interessen der Bevölkerung. Oder anders gefragt: Kann sich spezifisch Christliches in der Politik überhaupt äußern, ohne dass man es mit einem „politischen Christentum“ analog zum „politischen Islam“ zu tun bekommt?

In diesem Fragenkomplex gibt es einige implizite Annahmen, die korrigiert werden müssen. Erstens widersprechen die Stellungnahmen der österreichischen Bischöfe und ihrer Apparate zum Thema Masseneinwanderung der kirchlichen Lehre selbst. Der Katechismus der Katholischen Kirche, dessen Redaktionssekretär immerhin Kardinal Schönborn war, lehrt in § 2241 u.a.: *„Die politischen Autoritäten dürfen im Hinblick auf das Gemeinwohl, für das sie verantwortlich sind, die Ausübung des Einwanderungsrechtes verschiedenen gesetzlichen Bedingungen unterstellen und verlangen, daß die Einwanderer ihren Verpflichtungen gegenüber dem Gastland nachkommen. Der Einwanderer ist verpflichtet, das materielle und geistige Erbe seines Gastlandes dankbar zu achten, dessen Gesetzen zu gehorchen und die Lasten mit zu tragen.“* Ich habe das noch nie aus dem Mund eines österreichischen Bischofs gehört. Im Gegenteil unterstützen die Autoritäten der Kirche *de facto* die Masseneinwanderung nach Europa („Migration“ ist ein verschleiender Ausdruck, denn die Einwanderer „migrieren“ ja nicht weiter). Damit sind sie auf der Linie der



notorischen transnationalen Mächte. Die österreichische Politik ist damit ebenfalls kompatibel: Wir erinnern uns beispielsweise, dass 2014 der damalige ÖVP-Generalsekretär Gernot Blümel den Ausdruck „Ausländer“ als „retro“ bezeichnete und damit implizit die Legitimität der Unterscheidung von In- und Ausländern bestritt. Im Jahr 2018 wiederum zwang die ÖVP die Salzburger Europaparlamentarierin Claudia Schmidt wegen ihrer No-na-Aussagen zu den Problemen der Immigration zum Widerruf und setzte sie nicht mehr auf die Liste. Abseits inszenierter Abschiebungen ist die österreichische Politik in der Frage der Masseneinwanderung und Islamisierung nicht den legitimen „aktuellen Interessen der Bevölkerung“ verpflichtet, sondern tatsächlich einem „universalen Glaubensreich“, und zwar dem linksliberalen und globalistischen. Auf diesem Sektor kann es also keinen wirklichen Dissens zwischen österreichischer Kirchenführung und „neuer“ Volkspartei geben. Und zweitens: Ja, es wäre tatsächlich die Aufgabe der Kirche, auf eine Verchristlichung der Politik und Kultur zu drängen (nach der traditionellen Lehre vom Christkönigtum, zuletzt von Papst Pius XI. 1925 proklamiert). Das Ergebnis von dessen Umsetzung ist ein anderes als das des „politischen Islam“ – übrigens ein Pleonasmus!

Man könnte das Metathema, das Sie hier gerade umreißen, vielleicht mit dem Begriff der Supererogation – sprich: von jemandem mehr an Leistungen zu verlangen, als jener an Pflichten übernommen hat – auf den Punkt bringen. Es fällt auf, dass bei Fragen wie der von Ihnen erwähnten Masseneinwanderung die kirchliche Botschaft zu sein scheint: Ihr müsst euch in dieser Sache um der Anderen willen eurer Selbstentäußerung, das ist euch zumutbar! Nun würde ich etwa mit Jürgen Habermas gerade in der Zurücknahme von supererogatorischen Zumutungen einen ethischen Vorzug des modernen Staates sehen. Bezeichnenderweise ist aber jetzt gerade die Kirche, die ja ganz andere Voraus-

setzungen hat als der moderne Staat (und die zudem das Wohlergehen des Menschen in einem Jenseits in die Rechnung hineinnehmen muss), bei ihrem eigenen Verkündigungsauftrag ebenfalls auf dieser Linie, d.h. sie will den Menschen nicht mehr mit den supererogatorischen Zumutungen der christlichen Lehre konfrontieren. Nur bei der Masseneinwanderung, da taucht die alte Supererogation urplötzlich wieder auf! Ich finde das schizophoren.

Das ist präzise auf den Punkt gebracht. Weder das natürliche noch das geoffenbarte, also das christliche, Sittengesetz verlangen die Selbstaufgabe eines Volkes zugunsten übermäßiger Einwanderung und die Selbstaufgabe eines Staates zugunsten des Souveränitätsverlustes. Dennoch wird diese von Papst und westeuropäischen Bischöfen (von wenigen Ausnahmen abgesehen) propagiert. Richtig ist auch, dass die Kirchenoberen nicht das einfordern, was zur Ehre Gottes und zum Heil der Seelen (und übrigens auch zum zeitlichen Wohl der Völker) eingefordert werden muss, nämlich den Glauben und das Einhalten der Gebote. Skeptisch bin ich bezüglich der Habermasschen Einschätzung, dass der „moderne“ Staat (was auch immer das ist) „supererogatorische Zumutungen“ zurückgenommen hätte. Die Totalitarismen des 20. Jahrhunderts, und schon das revolutionäre Frankreich, sind doch wohl „moderne“ Phänomene! Zudem muten uns die „modernen“ europäischen Regierungen im Zuge der Oberhoheit der EU vieles zu, was nicht ausgemacht war (und was etwa bei der Volksabstimmung von 1994 in Österreich gar nicht zur Wahl stand): Aufgabe von Souveränitätsrechten und Währung, Schuldenunion und Enteignung.

Als Advokat des „modernen“ Staates müsste ich jetzt wohl entgegenhalten, die Französische Revolution und die Totalitarismen des 20. Jahrhunderts wären dessen Geburtswehen respektive Bewährungsproben gewesen. Letztlich hat den Nationalsozialismus ja auch der „moderne“



Bolton Abbey, Kirchenruine; John Sell Cotman, Aquarell, undatiert

Staat niedergerungen, sowie den Kommunismus mit der Strategie des Containments so lange ausgesessen, bis er an sich selbst kollabierte. Meine Generation jedenfalls wuchs bereits in der Welt post 1990 auf – insofern war z.B. Francis Fukuyamas *The End of History and the Last Man* für mich als Jugendlicher ein prägendes Buch. Ich finde nach wie vor seine Kernthesen stimmig, wobei diese ja nicht darauf beruhten, dass die liberale Demokratie sich überall durchgesetzt habe, sondern dass sie der Maßstab geworden ist, an dem wir heute die politischen Regimes messen. Aber keine Frage, wenigstens seit dem 11.9.2001 erleben wir in Gestalt des politischen Islam, um diesen Pleonasmus, wie Sie sagen, noch einmal aufzuwerfen, den Clash mit einem Konkurrenzmodell. Und auch europäische Länder – Russland, Polen, Ungarn usw. – gehen wie-

der einen Schritt hinter die Moderne „zurück“: mehr Traditionalismus, mehr Volkstum, mehr Autorität. Sehen Sie diese letztere Entwicklung positiv? Wo sollten wir uns positionieren?

Das Wort „modern“ ist inhaltlich unklar, es wird suggestiv und propagandistisch eingesetzt. Es impliziert einen linearen Fortschritt der Geschichte hin zum immer Besseren. Klarerweise entbehrt das der historischen Evidenz. Mir erscheinen auch die Begriffe „Geburtswehen“ und „Bewährungsprobe“ in diesem Zusammenhang verharmlosend und irreführend. Zudem ist die Geschichte des Kommunismus von Anfang an mit „modernen“ westlichen Kräften verbunden. Die frühe Sowjetunion wurde doch propagandistisch und finanziell etwa aus den USA unterstützt. Ich erinnere mich übrigens an die 1980er-Jahre, als der Sowjetblock in der öffentlichen Meinung für seine Menschenrechtsverletzun-



Kirchenruine im Schnee; Carl Georg Adolph Hasenpflug, 1853

gen praktisch nicht kritisiert wurde. Mich wunderte nach 1989, dass keine adäquate Aufarbeitung des Kommunismus durchgeführt wurde, so wie sie in Bezug auf den Nationalsozialismus gemacht worden war. Stéphane Courtois wurde wegen seines *Schwarzbuchs des Kommunismus* von der westlichen Intelligenzija mehr oder weniger verfemt. Andererseits ist mir aus heutiger Sicht klar, dass auch in Bezug auf den Nationalsozialismus keine adäquate Aufarbeitung stattgefunden hat, etwa in Bezug auf dessen relativistische, dynamistische und eben „moderne“ Ideologie. Interessant wäre überdies auch, warum der Westen das NS-Regime lange hofierte (etwa bei den Olympischen Spielen 1936) und sich bezüglich Österreichs und der Sudetengebiete so lange so kulant zeigte. Aber auch in Bezug auf den Islam zeigt sich der „moderne“ Westen ambivalent. Einen richtigen „Clash“ kann ich nicht erkennen:

Das „rückständige“ Saudi-Arabien ist ein Verbündeter der „modernen“ USA, die EU begrüßt islamische Zuwanderung und stellt „Islamophobie“ unter Strafe. Ist diese „Modernität“ einfach ein Etikett für eine Option gegen das Christentum? Louis Billot, ein bedeutender Theologe der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts, lässt die „Moderne“ mit den Schriftgelehrten und Pharisäern zur Zeit Jesu Christi beginnen. Das hat etwas für sich. Von daher ist der von Russland, Polen und Ungarn getätigte Schritt „zurück“, wie Sie sagen, möglicherweise einfach eine Rückbesinnung auf das, was ihre Geschichte, Kultur und Existenz ausmacht: nämlich das Christentum. Wenn das so ist, sehe ich es positiv. Der „moderne“ Glaube an den „Fortschritt“ hat sich als trügerisch erwiesen. Ich habe keine Detailkenntnisse über die von Ihnen genannten Länder. Mir scheint aber, dass sie sich für die legitimen Interessen ihrer Völker ein-



setzen. Ob das „mehr Autorität“ bedeutet, als wir sie derzeit bei uns erleben, kann ich mangels intimer Kenntnis dieser Länder nicht sagen. Pflege der eigenen Tradition, des nationalen Erbes und einer gesunden Autorität – das scheint mir aber auch für Österreich ein gutes Zukunftsmodell.

In der politischen Theorie unterscheidet man gerne drei Gestaltungsmächte, die in und zwischen den Staaten wirken: 1. Ideen, 2. Institutionen und 3. Interessen (freilich hier nicht nur nationale, sondern auch parteipolitische, individuelle usw.). Natürlich laufen diese Motive stets durcheinander, entsprechend groß die Gefahr falscher Vorbilder, Stichwort *„Wir brauchen einen wie Putin!“* (so der Titel der Erstausgabe des rechten Magazins *Info Direkt*). Andererseits, wenn jemand wie Orbán angesichts der Kniefallkonjunktur vor einem sportlichen Großereignis sagt, ein Ungar würde *„nur in drei Fällen niederknien: vor Gott, vor seiner Heimat und wenn er seine Liebste um ihre Hand bittet“*, hat das doch Vorbildcharakter. In der österreichischen Politik sehen wir nun aber, dass 1. oft individuelle und fast immer parteipolitische Interessen den Vorzug genießen vor nationalen, dass 2. unsere Institutionen zum Spielball geworden sind einerseits für türkische Seilschaften und andererseits für das allgegenwärtige linke Meinungskartell, und dass 3. echte politische Ideen offenbar gar keine Rolle mehr spielen. Man könnte sagen: auf die geistliche Leerstelle ist die weltliche Leerstelle gefolgt. Religion findet schon länger nicht mehr statt, Politik aber jetzt auch nicht mehr. Πάντα χωρεῖ καὶ οὐδὲν μένει.

Exakt. „Alles fließt und nichts bleibt“ – diesen Eindruck habe ich schon lange. In der Kirche hat man ab dem II. Vaticanum an Doktrin, Moral, Katechese und Liturgie pausenlos herumgedoktert. Dauernd wird etwas umgebaut, nie wird etwas fertig. Die Dauer-„Reform“ wurde zum Selbstzweck. Papst

Franziskus hat diese negative Dynamik massiv befeuert. Worum es in der Kirche eigentlich geht, kann dann natürlich unmöglich klarwerden. In der Politik ist das auch so: Ein EU-Vertrag jagt den nächsten. Aber wird den Völkern reiner Wein eingeschenkt, wozu alle diese „Reformen“ dienen sollen? Meines Wissens nicht. Sinnbildlich für das selbstzweckhafte Verändern ist übrigens auch die Manie von Stadtplanern, dauernd abzureißen, neu zu bauen, umzubauen. Das geht auf Kosten der historischen Substanz und natürlich der Funktionalität (wie ganz trivial derzeit bei der Wiener U-Bahn ersichtlich). Wäre man im „Mittelalter“ auch so vorgegangen, hätten wir heute in Europa weder eine nennenswerte Bausubstanz noch irgendeine geistige Substanz, von der wir zehren können. Es ist, wie Sie es andeuten: Die Ideen spielen keine Rolle (oder werden nicht offengelegt), die tradierten Institutionen verfallen, die partikularen, ja egoistischen Interessen einiger weniger prävalieren. Deswegen fällt auch jemand wie Viktor Orbán im derzeitigen Einheitsbrei auf. Und was den von Ihnen genannten Präsidenten Wladimir Putin betrifft, so würde ich aus meinem Kenntnisstand sowohl von unkritischer Glorifizierung als auch von – möglicherweise bewusst kriegstreiberisch eingesetzter – Dämonisierung abraten.

Ich erinnere mich noch, da war ich ein kleiner Bub, als Michael Häupl bei einem TV-Interview einmal gemeint hat: Reformen, Reformen, ich kann das Wort schon nicht mehr hören! Mein Vater musste vor dem Fernseher kurz lachen: Ja gut, da habe er sogar ein Stück weit Recht... Ist es nicht so, dass manch Reformierungseifer auch etwas von der, frei nach Leo Trotzki, „permanenten Revolution“ in sich trägt? Das Beispiel EU, das Sie aufgeworfen haben, zeigt das ja deutlich. Es heißt oft, die EU sei wie ein Rad: Es muss sich weiterdrehen, sonst falle es um. Aber was ist das für ein wahnsinniges Konzept! Anstatt uns auf ihren Zweck zu verständigen, wird ihr



Progress zum Zielersatz: die „ever closer union“, wie Jacques Delors einst sagte. Ich möchte noch ein anderes Beispiel anführen: Seit ich denken kann, werden ständig „Bildungsreformen“ gefordert. Ist unser Bildungsstand seitdem besser geworden? Allein bzgl. des Religionsunterrichts – ich nutze das Beispiel, zumal Sie ja auch Katechet sind – hat sich die pädagogische Theoriebildung nur so überschlagen, seit man Kirchliche Katechetik nicht mehr in der Schule haben will: Auf die liberale Pädagogik folgte im evangelischen Milieu etwa der hermeneutische Religionsunterricht, dann der problemorientierte, dann der symboldidaktische, dann der erfahrungsorientierte, der performative, der semiotische, der neostrukturalistische, der kompetenzorientierte usw. Eines scheint mir bei allen Modellen gleich zu sein: Es geht um alles Mögliche, nur nicht so sehr um die Letzten Dinge. Und ich glaube, uns um diese Letzten Dinge herumzudrücken, unser unerhörtes Betroffensein davon zu verdrängen, das prägt unser Zeitalter.

Der Ausdruck „Reform“ hatte schon lange vor der genervten Bemerkung Michael Häupls seine eigentliche Bedeutung verloren. „Re-formare“ heißt zwar laut Lexikon auch „umgestalten“, aber wörtlich ist es „in die rechte Form zurückbringen“. Um das zu tun, muss man zuerst einmal wissen, was diese rechte Form im jeweiligen Fall, etwa in der Politik oder in der Pädagogik, sein soll. Ohne also das Wesen und die Zweckbestimmung einer Sache zu kennen, kann man weder etwas „formen“ noch „in-formieren“ (also „in Form bringen“) noch „re-formieren“. Die von Ihnen genannten Blüten des evangelischen Religionsunterrichts, die natürlich zum Lachen reizen, erinnern auch daran, dass schon die sogenannte „Reformation“ keine „Reform“ in zweiterem Sinne war, sondern ein ganzes Spektrum an revolutionären Neuerfindungen zwischen Wittenberg, Zürich, Genf, Lambeth und anderswo. Und so ähnlich ist es

auch mit den endlosen „Reformen“ des von Ihnen in Spiel gebrachten Schulwesens – und eben der EU. Insofern stimme ich Ihnen zu, dass das adäquate Deutungsmuster dieser Vorgänge die „permanente Revolution“ Trotzki ist. Immerhin ist einer der ideologischen Gründerväter des vereinigten Europas der Kommunist Altiero Spinelli, nach dem ein EU-Gebäude und eine Abgeordnetengruppe benannt sind. Aber wir müssen tiefer graben. Sie sagen es ganz richtig: Es ist ein Wesenszug des Menschen unseres Zeitalters, sich um die Letzten Dinge „herumzudrücken“. Eine Art das zu tun, sind eben selbstzweckhafte Umgestaltungen im äußeren Bereich, die als Vorwand dienen, sich nicht den tieferen Fragen stellen zu müssen. Die „ever closer union“, ja genau, aber was dann? Bricht dann das Paradies aus? Da wird der „Progress zum Zielersatz“, ganz richtig. In jungen Jahren war für mich das Buch des Arztes und Philosophen Max Picard *Die Flucht vor Gott* (1934) ein Erweckungserlebnis. Auch wenn ich nicht alles in diesem etwas schwierigen Traktat verstand, so verstand ich genug, um mich betreten zu fühlen. Jeder muss sich den Letzten Dingen immer wieder stellen. Und nur das ermöglicht dem Individuum und der Gesellschaft eine realistische und sinnvolle Ordnung des eigenen Lebens.

Sie haben es sich vielleicht schon gedacht, aber mit diesem letzten großen Fass, das ich hier aufgemacht habe: mit unserem Tod und mit dem, was möglicherweise danach ist oder auch nicht, möchte ich natürlich am Ende noch den Bogen schlagen zu der Frage, die ich Ihnen eigentlich schon am Anfang stellen wollte und die auch in gewisser Weise der Grund für unser Gespräch war: Sie haben in der letzten Ausgabe unseres Reports einen Artikel mit dem Titel *Verschwindendes Land, verschwindende Kirche* verfasst. Wir haben Ihnen einen Absatz rauszensiert, weil er in ein tagespolitisches Thema (hier die Gesundheitspolitik) Letzte Dinge hineingebracht hat,



*MMag. Wolfram Schrems* studierte Theologie an der Universität Innsbruck sowie Philosophie an der Internationalen Akademie für Philosophie im Fürstentum Liechtenstein. Der geborene Linzer ist kirchlich gesendeter Katechist und beruflich für die Pro-Life-Organisation *Ja zum Leben/Human Life International Österreich* tätig. Daneben hält er Vorträge zu kirchlichen, politischen und historischen Themen und verfasste bisher zahlreiche Gastbeiträge u. a. für *Dr. Andreas Unterbergers Internettagebuch* und die traditionsverbundene Seite *Katholisches.info*.



wozu man – und ich hoffe, Sie konnten die Gründe nachvollziehen – aus unserer Sicht nur sagen kann: Das ist gesellschaftlich unzumutbar, bzw. so etwas kann man nur in einem kritischen Gespräch erörtern. Würden Sie vielleicht Ihren Gedanken hier noch einmal schildern, und auch, warum sie ihn doch für zumutbar halten?

Ja, es ging in meinem Artikel um die Rolle der Kirche im Aufbau der deutschen Nation zur Zeit der Karolinger. Ich thematisierte die iro-schottischen und angelsächsischen Missionare, die Eingliederung der Sachsen in Kirche und Reich und die Logik des Regierens unter dem Motto der Reichskrone: *Per me reges regnant*, durch mich regieren die Könige (Spr 8,15). Ich hatte dann den Einfall, zur besseren Illustration das damals herrschende Lebensgefühl mit dem heutigen unter dem Gesichtspunkt der Teleologie, dem Bewusstsein für Ziel und Sinn des Lebens, zu kontrastieren. Damals wusste man um die Verantwortung vor der Ewigkeit, heute bunkert man sich mental im Diesseits ein. Da bot sich die Manie um das neue Lifestyle-Accessoire geradezu an: Viele glauben, durch die Spritze ihre Gesundheit schützen und ihr Leben verlängern zu können. Abgesehen davon, dass nach allen bereits veröffentlichten Informationen diese Rechnung wohl nicht aufgehen wird, sind dieser Glaube, die einschlägige, allgegenwärtige und wahrheitselastische Propaganda und die nicht sehr subtile Nötigung auch unerfreuliche Symptome un-



Per me res regnant, 1688

serer Zeit. Mir ging es aber in erster Linie um den Verlust der Teleologie: Ich wollte sagen, dass es sinnlos ist, danach zu trachten, einem letztlich als sinnlos empfundenen Leben durch eine Injektion noch einige sinnlose Jahre mehr anzufügen. Ich wollte nicht sagen, dass das Leben der Zeitgenossen *per se* sinnlos ist. Aber angesichts des tatsächlichen Verlustes der Teleologie und eben auch der Eschatologie bei vielen Zeitgenossen, war das als Weckruf gedacht. Dieser ist zumutbar, weil er erstens den größeren Horizont aufreißt und somit der Wahrheit über den Menschen

entspricht, und weil er zweitens konkret hilfreich ist: Die Lehre von den Letzten Dingen relativiert die weltlichen Dinge, besonders die Politik, und stellt sie an ihren Platz. Die weltlichen Bereiche, Politik, Wirtschaft, Gesundheitsvorsorge u.a. sollen als Hilfe für das Leben dienen und eben nicht Selbstzweck sein. In Zeiten wie diesen, da sich die Politik autoritär, ja totalitär („alternativlos“), gebärdet, kann das regimekritisch und somit freiheitsfördernd sein. Ich kann mir natürlich vorstellen, dass meine Gedankenführung in dem Artikel den Verantwortungsträgern einer Publikation zu abrupt und daher als leicht misszuverstehen erscheinen musste. Es spricht aber für Ihre Publikation, dass die Autoren unüblich vieles erörtern können. Und gegebenenfalls eine zweite Chance erhalten.

Sehr geehrter Herr MMag. Schrems, vielen Dank für das Gespräch!

# Das vergessene Mädchen

Von Heimo Lepuschitz



Wenn Sie diese Zeilen lesen, dann wird die kleine Leonie wohl schon wieder aus den Schlagzeilen verschwunden sein. Sie erinnern sich: in eine Wohnung gelockt, unter Drogen gesetzt, brutal missbraucht, grausam ermordet. Andere Themen werden die Schlagzeilen beherrschen, die Runden Tische der Regierung beendet sein und außer kosmetischen Korrekturen wird sich nichts verändert haben. Die angesichts der durch nichts zu rechtfertigenden Gewalttat so leise gewordenen Zuwanderungsbefürworter werden wieder Asyl und Wirtschaftsmigration vermischen, Kritiker als Rassisten und Menschenrechtsgegner an den Pranger stellen. Es ist der ewig gleiche Kreislauf, der sich seit der medial beklatschten, unheilvollen, illegalen Masseneinwanderung 2015 nur beschleunigt hat. Nach nicht mehr verschweigbaren, besonders grausamen Taten, wird bald doch wieder geschwiegen oder betroffen Tätigkeit geheuchelt – um dann unverdrossen nichts zu ändern.

Aber dürfen wir Staatsbürger uns damit zufriedengeben? Sollen wir akzeptieren, dass Zuwanderungskritik eben „von Gestern ist, nicht genug progressiv und menschenverachtend“, wie uns die veröffentlichte Meinung jeden Tag vorbetet? Und ist es spaltende Zuwanderungskritik, wenn man der Ansicht ist, dass verurteilte Straftäter abgeschoben werden müssen? Dass es keine Einzelfälle sind, sondern Dauerserien an Gewalttaten, nach denen die Täter oft trotzdem im Land bleiben und sogar im vielen jungen österreichischen Familien verwehrt Gemeindebau auf Staatskosten wohnen? Soll man verschweigen, dass die angeblich rigide Asylpolitik von Bundeskanzler Sebastian Kurz dazu führt, dass

2020 die EU-Staaten rund ein Drittel weniger Asyl-anträge zu verzeichnen hatten, aber Österreich ein zweistelliges Plus, trotz angeblich geschlossenen Grenzen? Ist es illegitim, zu kritisieren, dass straf-fällige Schubhäftlinge nach einem internen Papier des Innenministeriums bei Verweigerung eines PCR-Corona Tests nicht abgeschoben, sondern freigelassen werden müssen?

Ein klares Nein! Es ist keine „Anlassgesetzgebung“, wenn es ständig Anlässe zur Gesetzgebung gibt: schnelle, aber faire, Asylverfahren; eine Überprüfung des Asylstatus als Schutz auf Zeit in regelmäßigen Abständen; Aberkennung des Asylstatus und jedes sonstigen Aufenthaltsrechts bei jeder strafrechtlichen Verurteilung. Auch EU-Asylzentren außerhalb der Union zum Entscheid, wer denn wirklich ein Asylrecht habe, würden einen Paradigmenwechsel der europäischen Asylpolitik einläuten. Und ja, auch darüber nachzudenken, die EMRK den Anforderungen unserer Zeit anzupassen, darf nicht verboten sein.

Was nicht passieren darf, ist, dass wir die Werte europäischer Aufklärung und der Humanität über Bord werfen und gerade die Freiheitsparteien ihre liberalen Grundwerte vergessen. Aber die Frage zu stellen, ob beispielsweise ein Afghane bei tausenden Kilometern Landweg nach Österreich auf seiner Reise ein sicheres Drittland gequert haben muss, ist mehr als legitim. Wer eine Straftat begangen hat, trage selbst die Konsequenzen für sein Handeln! Ein Mörder und Vergewaltiger hat sein Gastrecht verwirkt. Wenn ein Staat zu schwach ist, das durchzusetzen, dann muss das geändert werden. Nur eine wehrhafte Demokratie kann auch human sein.



# International

Theodor Herzl (rechts) als Kommilitone der  
Burschenschaft Albia, um 1881

# Studentenverbindungen: ein Ländervergleich

Von Alexander Pakes



*„Student sein, wenn die Humpen kreisen, in lieb erschloss'nem  
Freundesbund...“* – sagt es eine von deutschen Korporierten  
vielgesungene Weise, deren Lebensgefühl sich wohl ebenso auf  
Verbindungen in den USA wie auf jene im deutschen Raum  
beziehen lässt. Die Studentengemeinschaften der beiden  
Kulturnationen sind in vielerlei Hinsicht äußerst verschieden.  
Trotzdem haben sie einen gemeinsamen Kern.

**D**abei fällt es aufgrund der Vielfalt an verschiedenen Verbindungen  
schwer, grobe Unterscheidungen allgemein zu formulieren. Allein  
im deutschsprachigen Raum gibt es etwa vierzehn Verbindungsfor-  
men. Das älteste Korporationsmodell entstand bereits im 17. Jahrhun-  
dert, ursprünglich reichten die Einflüsse auf Gilden und Zünfte in das  
Mittelalter zurück. Dementsprechend sind Einflüsse des Rittertums  
und seiner Tugenden auch heute noch spürbar.



Vor allem die Verteidigung und Ehrerweisung mit der Waffe sollte über die Zeiten hinweg aufrecht bleiben. Als das Bild des vornehmen Studenten aufkam, wurde viel Wert auf Ansehen und Ausdruck gelegt, dementsprechend wichtig erschien die Verteidigung des eigenen Ansehens. In der Mitte des 15. Jahrhunderts war die sogenannte Espada Ropera aufgekommen, ein Vorläufer des Rapiers, der kleiner leichter und dünner war als andere Hieb- und Stichwaffen, sodass man ihn auch im Alltag mit sich führen konnte. Schnell wurde der Degen zur

Standardrüstung jedes ehrenwerten Mannes. Kaiser Maximilian I. erlaubte nach einer Auseinandersetzung zwischen Bürgern und Studenten das Tragen dieser Waffen als Zeichen ihrer gehobenen Gesellschaftsposition. Seitdem und bis heute „pauken“ die Studenten.

Dabei muss erwähnt werden, dass sich Studenten nicht nur aufgrund ihrer Studienrichtung, sondern aufgrund gleicher Herkunft zusammenfanden, so in den alten Landsmannschaften, in denen Studenten am neuen Hochschulort Anschluss zu ihresgleichen finden konnten. Nach der Zeit an der Universität erlosch allerdings auch das Gemeinsame weitgehend. Dies änderte sich erst in der Mitte des 18. Jahrhunderts: Erstmals entstand der Wille, sich in einer Verbindung auf ein Leben lang als „ewiger Freundschaftsbund“ zu vereinigen. Soziale und örtliche Herkunft waren in den Hintergrund gerückt. Das ist unter anderem auf den freimaurerischen Einfluss auf die Studentenorden zurückzuführen. In der brisanten Zeit des Absolutismus bis hin zur Aufklärungszeit wurden die Studentenorden als gefährlich verschwörerisch wahrgenommen und dementsprechend auch verfolgt. Ihre Vorstellungen und



Wappen des Corps Allemannia Tübingen, 1825

Ideale sollten die folgenden universitären Verbindungen dennoch nachhaltig prägen.

#### Das deutsche Studentenwesen im 19. Jahrhundert

Um die Jahrhundertwende spross eine neue Art der Studentenverbindung aus dem deutschen Boden: Die sich später als Corps bezeichnenden Verbindungen einten sowohl die Prinzipien der alten Landsmannschaften wie auch jene der Studentenorden. In dieser Zeit entstanden auch die farbenfrohen Mützen und Bänder: Das Kopfcouleur über-

nahmen die Corps von den Landsmannschaften, die Bänder von den Orden. Gleichzeitig entwickelten sie das demokratische Prinzip innerhalb ihrer Verbindungen. Jeder sollte im Bund gleichberechtigt sein, weshalb entsprechende Versammlungen („Convente“) einberufen wurden.

Das traditionelle Fechten und Waffentragen setzte sich fort. Die Wehrhaftigkeit und das Leben mit der Waffe zu verteidigen, sollte auch für die folgenden Jahre eine äußerst wichtige Rolle spielen. Das Erstarken der französischen Vorherrschaft unter „Kaiser“ Napoleon I. bedeutete eine zunehmende nationale Bedrohung für Deutschland, dies berührte vor allem die jungen Studenten und intellektuelle Kreise. Sie waren für den Widerstand unersetzlich. Der Freiheitskämpfer Theodor Körner, der Turnvater Friedrich Ludwig Jahn, der Schriftsteller Ernst Moritz Arndt und der Philosoph Johann Gottlieb Fichte waren zentrale geistige Führer der Allianz gegen Napoleon und für die deutsche Einheit. Nicht zuletzt die Turnerbewegung – und hier besonders Karl Friedrich Friesen – hatte wesentlichen Anteil auf dem Weg zur „(Ur-)Burschenschaft“ von 1815 als neuer Verbindungsform und Sammlungs-



bewegung der ganzen deutschen Studentenschaft. Die moralische Verbesserung des Studentenlebens, die politische Vereinigung gegen das französische Joch und die Förderung einer starken deutschen Identität sollten die Grundpfeiler bilden.

Die folgende burschenschaftliche Bewegung sollte in ihrem Kampf für „Einigkeit, Recht und Freiheit“ sowohl den Grundstein für die moderne deutsche Nation als auch für die freiheitliche Demokratie bedeuten. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass das erste gesamtdeutsche Parlament von 1848 in der Frankfurter Paulskirche auch als „Burschenschaftler-Parlament“ bezeichnet wurde. Die federführenden Akteure wie der Vorsitzende Heinrich von Gagern gehörten selbst Burschenschaften an.

#### Fraternities, Sororities und der amerikanische *way of life*

Von der Geschichte des deutschen Studentenwesens ist heute auch im deutschen Raum oft nur mehr wenig zu spüren. Aufgrund der politischen Auseinandersetzungen im 20. Jahrhundert und vor allem durch die Folgen des Nationalsozialismus ist das heutige Bild der Studentenverbindungen ein mindestens sehr einseitiges. Selbst betont nicht-deutschnationale Gruppierung wie katholische Verbindungen oder die Corps werden schnell als rechts-extrem und demokratiefeindlich dargestellt. Somit findet auch kein so großer Zulauf wie im 19. Jahrhundert mehr statt – die Korporationen existieren heute eher am Rande der Studierendenschaft.

Ganz anders ist das in den USA. Auch wenn die sogenannten Fraternities („Bruderschaften“) fast durch die Bank selbstverständlich national



Couleurpostkarte, 1898

sind, werden sie politisch nicht unbedingt abgestempelt. Dabei haben sie mit den hiesigen Studentenverbindungen sogar einen gemeinsamen Kern: Auch die Fraternities gehen ursprünglich auf die Studentenorden des 18. Jahrhunderts zurück, ebenso tragen sie Farben (wenn auch meist nur zu Veranstaltungen). Fuchse, also Neueinsteiger, müssen sich wie auch in Deutschland zuerst beweisen, bevor sie zu anerkannten Mitgliedern werden. Die Initiationsriten sehen hier freilich recht anders aus: Anstatt sich etwa einer Mensur zu stellen oder

inhaltliche Prüfungen abzulegen, müssen junge Mitglieder teils demütigende Rituale durchleben. Auch wenn sich diese größtenteils auf eine Woche, die *hell week* beschränkt, soll das sogenannte *hazing* („schikanieren“) zuweilen recht grausam vonstattengehen.

Wie im deutschen Raum auch haben die US-amerikanischen Verbindungen meistens eigene Korporationshäuser. Diese befinden sich in der Regel direkt am Campus der Universitäten. Während deutsche Verbindungen oft einen völkischen Namensbezug haben, benennen sich die US-amerikanischen meist nach drei ausgewählten griechischen Buchstaben. Neben den genannten Fraternities sind auch die Sororities („Schwesternschaften“) stark an den Hochschulen verwurzelt. Gemischte Verbindungen sind wie bei uns äußerst selten.

In der Öffentlichkeit fallen Fraternities und Sororities nicht selten durch Berichte über exzessive Feiern auf. Zwar mag mancher behaupten, dies sei auch bei deutschen Studentenschaften nicht unüblich, dennoch zeigt ein Vergleich eher die Unterschiede auf. Da das Trinken von Alkohol in den USA erst ab 21 Jahren legal ist, sind viele der feucht-



*Deutsche Verbindungen werden oft als elitär bezeichnet,  
bis auf einige Ausnahmen herrscht dieser Ruf in den USA nicht vor.*



fröhlichen parties illegal – die Grenzüberschreitung ist hier von Beginn an inbegriffen. Andererseits ist auch das „Publikum“ dieser Feiern meist ein anderes: Deutsche Verbindungen werden oft als elitär bezeichnet, bis auf einige Ausnahmen herrscht dieser Ruf in den USA nicht vor.

#### Von Totenköpfen und Gebeinen

Eine der bekanntesten Ausnahmen von dieser Regel bildet die sagenumwobene Bruderschaft *Skull & Bones*. Die in Yale ansässige Verbindung, der als bekannte Mitglieder z.B. die ehemaligen republikanischen Präsidenten George H. Bush und George W. Bush sowie der ehemalige demokratische Außenminister John Kerry angehören, ist anders als die sonst üblichen amerikanischen Verbindungen ein Lebensbund. Sie wurde 1832 von William Huntington Russell, Alphonso Taft und zwölf oder dreizehn weiteren Studenten in Connecticut gegründet. Russell selbst war vermutlich in seiner Studienzeit in Deutschland Mitglied einer Verbindung gewesen, genauer gesagt eines Corps. Aufgrund der Karlsbader Beschlüsse ist hierzu jedoch nur wenig bekannt, denn die vom österreichischen Staatskanzler Klemens Wenzel Lothar von Metternich eingeführten Verbotsgesetze ließen deutschen Studenten zu jener Zeit nur die Möglichkeit, sich geheim zu organisieren.



Leipziger Studentenverbindungen, 1909

Ein klarer Einfluss der Freimaurerei ist jedenfalls auch bei *Skull & Bones* nicht zu verkennen. Diverse Rituale und angeblich auch das bekannte Symbol der Verbindung könnten von der deutschen Freimaurerloge *Zum Totenkopf und Phoenix* übernommen worden sein. Genaueres über die Verbindung ist nicht bekannt, denn oberste Regeln sind Schweigepflicht und ewige Treue zum Bund. Das könnte einen guten Grund haben: *Skull & Bones* werden oft Einbrüche in Grabstätten, Diebstähle von Knochen und satanische Rituale nachgesagt. Auch die berühmte Geschichte über den Raub des

Geronimo-Schädels ist äußerst bemerkenswert. Prescott Bush soll demnach im Mai 1918 den Schädel des Apachen-Häuptlings Geronimo aus dem Fort Sill bei Oklahoma eigenhändig mit fünf anderen *Bonesmen* (so die Selbstbezeichnung der Bundesbrüder) ausgegraben und ihn als Geschenk der Bruderschaft präsentiert haben.

Was alle diese Gemeinschaften eint, ist die Faszination an der gemeinsamen Sache. Studentenverbindungen haben eine eigene Dynamik und prägen, auch wenn nicht überall die Idee eines größeren Ganzen existiert, jeden Einzelnen für sein Leben. Jeder, der diese Form des studentischen Lebens einmal erlebt hat, möchte diese Erfahrung wahrscheinlich nicht missen – ob auf dieser oder jener Seite des Atlantiks.

# Nie zweimal in denselben Fluss

Von Jörg Mayer



Vor einigen Wochen hat ein namhafter Vertreter des Dritten Lagers unserem Report attestiert, kaum programmatische Arbeit zu leisten, sondern die Leser eher mit „esoterischen Themen“ aufzusuchen. Es ist ein interessanter Generationenbruch, der sich hier zeigt, fußt das Einfordern von „handfesten Konzepten“ ja auf einem Begriff von Politik als Wettbewerb der Programme, wie er die II. Republik mit ihren weitgehend verbürgerlichten, im Vergleich zur I. Republik geradezu harmlos gewordenen Parteien lange geprägt hat.

Man kann dem in aller Kürze entgegenhalten: Diese Zeit ist vorbei, Politik ist kein *Programmkampf* mehr, sondern *Kulturkampf*. Was heute noch esoterisch erscheint, ist morgen schon der neue Mainstream: zuerst an den Universitäten gelehrt, dann in den Medien verbreitet, am Ende jedem Kind mit der Muttermilch eingepflegt. Die Rechte ist gut beraten, nach Jahrzehnten linken Vorsprungs in kulturellen Themen dieses Feld zu bestellen.

Es war nicht zuletzt die (hier oft kritisierte) sogenannte „Neue Rechte“, die das erkannt hat. Das ist durchaus ein Verdienst. Und es ist bemerkenswert (wenn auch nicht überraschend), dass die politische Konzeption etwa eines Björn Höcke heute weitgehend kulturpolitisch inspiriert ist, wie ein Blick in sein 2018 beim *Manuscriptum*-Verlag (der schon mit Akif Pirinçici und Michael Klonovsky politische Ausrufezeichen setzte) erschienenenes Buch *Nie zweimal in denselben Fluss* zeigt.

Es lohnt, sich das anzusehen, denn Höcke entwirft hier im Gespräch mit Sebastian Hennig das Bild einer im kulturellen Niedergange befindlichen Menschheit, die nach der Sintflut schreit. Um dies abzuwenden, brauche es den großen Wurf (u.a. eine

Überwindung der Polarität von Kapitalismus und Sozialismus, was ja immer gut klingt in den Ohren). Die Erweckung müsse aber auch eine religiöse sein: eine „erneute Reformation“, „eine neue Volkskirche“, die Verbindung von „tradierter Volksfrömmigkeit“ mit der „idealistisch-romantischen Vorstellung einer beseelten Natur“ (natürlich alles im Einklang „zu den Erkenntnissen der Naturwissenschaften“). Die „Bescheidung im Materiellen“ sei mit der „Vertiefung des Immateriellen“ zu kompensieren.

*„Wir haben natürlich eine idealtypische Vorstellung, ein vielleicht etwas verklärtes Bild von unserem Volk, aber es dient als Leitstern für unsere Aufgabe der Selbstveredelung. [...] Um nun als Deutsche wieder zu einem vollwertigen, eigenständigen und differenzierten Volk zu werden, brauchen wir weniger die Not als Zuchtmeister, als eine fordernde und fördernde Elite, die unsere Volksgeister wieder weckt. [...] [Niccolò Machiavelli] ging von einem „Uomo virtuoso“ aus, der nur als alleiniger Inhaber der Staatsmacht ein zerrüttetes Gemeinwesen wieder in Ordnung bringen könne. [...] Ein paar Korrekturen und Reförmchen werden nicht ausreichen. Aber die deutsche Unbedingtheit wird der Garant dafür sein, daß wir die Sache gründlich und grundsätzlich anpacken werden. Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen.“*

Man kann das unterschreiben oder man kann das erschreckend finden. Man kann Höcke auch in einer Hinsicht zustimmen, in anderer widersprechen. Was man nicht kann, ist die Bedeutung des vermeintlich Esoterischen ignorieren. Wir leben in einer pluralistisch gewordenen Welt. Weltanschauungen treffen mit Wucht aufeinander. Weh dem, der ihre Macht unbeachtet lässt.



# Feuilleton

Der Naschmarkt in Wien, Szene vor dem Freihaus  
Dietrich Monten, um 1824

Beate Haubner

# Jenseits des Mainstreams

Schikaneder und das Freihausviertel



Regelmäßig verirren sich kleine Gruppen Touristen und Einheimischer in das nahe dem Naschmarkt gelegene Freihausviertel im vierten Wiener Bezirk. Begeistert auf der linken Wienzeile der Naschmarkt mit Marktflair und emsigem, buntem Treiben, tasten auf der rechten Seite der Wienzeile suchende Blicke die eintönigen Fassaden der Operngasse ab. Hier, so sagt man, gibt es spärliche Hinweise, die auf eine glanzvolle künstlerische und musikalische Vergangenheit schließen lassen.

Spätestens beim Entdecken der Gedenktafel am sogenannten Papagenohaus, Ecke Faulmannngasse-Operngasse, ist klar: Hinter den Fassaden des heutigen Freihauses, dessen unspektakulärer und wenig präntiöser Name solches nicht vermuten lässt, verbirgt sich ein Kleinod österreichischer Theater- und Musikgeschichte. Kaum zu glauben, dass hier, in unmittelbarer Nähe der monotonen Häuserfront, im 18. Jahrhundert das Leben pulsierte: das schillernde, intensive und anrühige Leben der Wiener Vorstadt.

Was waren die Besonderheiten eines sogenannten Freihauses? Freihäuser waren steuerbefreite Gebiete. Schon im Mittelalter war die Besteuerung jener Liegenschaften, die innerhalb des Burgfriedens lagen, eine wichtige Einnahmequelle für die Stadt. Rund 200 Jahre





später, 1751, unterstellte ein kaiserliches Patent endgültig alle Häuser innerhalb des Burgfriedens der städtischen Steuerhoheit, wobei es immer wieder zu Ausnahmegenehmigungen kam. Eine solche Sonderstellung hatte das Freihaus im heutigen Gebiet um den Wiener Naschmarkt, die auf das Jahr 1643, Graf Conrad Balthasar von Starhemberg und Kaiser Ferdinand III. zurückgeht.



Der alte Naschmarkt, im Hintergrund das Freihaus

Das Gelände des heutigen Freihauses wurde seit 1765 nach und nach zum größten und bedeutendsten seiner Art ausgebaut. 1785 war der Komplex erweitert und modernisiert worden. Man hob Kanäle aus, setzte Büsche und Rabatte. Rund um die Rosalienkapelle, die Kirche des Freihauses, gab es neben den billigen Unterkünften für Künstler, Handwerker und niedrige Beamte auch geräumige Wohnungen für die sogenannten Herrschaften. Ihnen waren zwei der vier Tore, die ins Freihaus führten, vorbehalten: das in der Bärenmühlgasse und jenes in der Schleifmühlgasse. Die Siedlung des Freihauses war beinahe autark. Gastwirtschaften, eine Apotheke, eine Ölpressen, eine Schmiede, eine Schreinerei, eine Mühle und eine Bäckerei, eine eigene Schule und Bibliothek, Seifensieder, Kürschner, Sattler, Fleischer, Zinngießer und andere vervollständigten die Infrastruktur des Freihauses. Grundsätzlich musste niemand seinen Komplex verlassen, um seine Bedürfnisse zu stillen. Es war für alles gesorgt, einschließlich der künstlerischen Darbietungen: Schau- und Singspiele, Opern, Ballett und Pantomimen brachten Lebensfreude und Leichtigkeit in den Alltag der Menschen, somit auch einen liberaleren Lebensstil als im Rest der Stadt.

Starhemberg verhalf dem Freihaus zu großer kultureller Blüte. Unter seiner Ägide wurde das Freihaustheater errichtet, das 14 Jahre lang, von 1787 bis 1801, bespielt wurde. 1787 hatte der deutsche

Theaterunternehmer Christian Roßbach um Erlaubnis ersucht, auf eigene Kosten ein feststehendes Theater am südlichen Rand des offenen Freihaushofes errichten zu lassen. Auf diesem Gelände hatten bereits kleine Wandertruppen in Hütten gastiert. Das Interesse für dieses Terrain war verständlich. Der Naschmarkt, der zum wichtigsten Viktualienmarkt

Wiens geworden war, hatte enorm an Anziehung gewonnen, und die bislang einzige permanente Vorstadtbühne in der Josefstadt zeigte deutlich, was das Vorstadtpublikum schätzte. Denn abseits von den Dramen, Tragödien und anspruchsvollen Opern der staatlichen Bühnen sollten die Stücke hier den Lebenswandel der Bevölkerung der Vorstadt widerspiegeln: chaotisch, bunt und erotisch lautete die Devise. Zudem war der Umgang toleranter und unbefangener als im Rest der Stadt und soziale Schichten mischten sich zwangloser miteinander.

Für die Wiener Theaterszene im 18. Jahrhundert waren zwei Punkte ausschlaggebend: einerseits die Topographie der Bühne und andererseits deren Identität. Beide waren außerdem durch die soziale Struktur innerhalb ihrer Zuschauer gekennzeichnet. Die großen, feststehenden Bühnen der Inneren Stadt unterhielten als „Nationaltheater“ gebildete Besucher als die „Volkstheater“ in der Vorstadt: Dort herrschte mehr Liberalität und Ungezwungenheit, man war offener für Neues. Trotzdem erfassten die ersten schriftlichen Zensurgesetze Maria Theresias zunächst alle Bühnen.

Religion und Moral durften hier wie dort nicht verletzt werden. Auch die Ideen der Aufklärung, die sie durchaus billigte, sollten nicht in Atheismus und Freigeist münden. Besonderes Augenmerk wurde auf das Extemporier-Verbot gelegt: Den Schauspielern wurde in der Darstellung alles geflissentliche Zusetzen, Abändern oder Aus-dem-Stegreif-Reden



sowie Anreden an das Publikum auf das Schärfste untersagt. Auch ein „Spiel mit dem Körper“ wurde als anstößig empfunden. Es liegt in der Natur der Sache, dass diese Bestimmungen von den Wanderbühnen in den Vorstädten nicht so korrekt umgesetzt wurden. Regelverstöße und Grenzüberschreitungen waren an der Tagesordnung.



Hof des alten Freihauses mit der Rosalienkapelle

Zusätzlich boten die Vorstadttheater einer wichtigen künstlerischen Gattung Raum: dem deutschsprachigen, musikalischen Theater, das sich in sehr populären Varianten wie etwa der Uraufführung der *Zauberflöte* 1791 zeigte. Einem Dekret Josephs II. aus dem Jahr 1776, der sogenannten „Spectacelfreiheit“, war es schließlich zu verdanken, dass sowohl die *Zauberflöte* als auch die folgenden Stücke offiziell und sanktioniert aufgeführt werden durften, (so) dass *„hinfüro kein Privativum mehr ertheilt werden würde, sondern einem Jeden frey seyn sollte, auf was immer für eine erdenkliche Art, sowohl in- als vor der Stadt das Publicum zu unterhalten und sich einen Nutzen zu verschaffen.“*

Johann Joseph „Emanuel“ Schikaneder

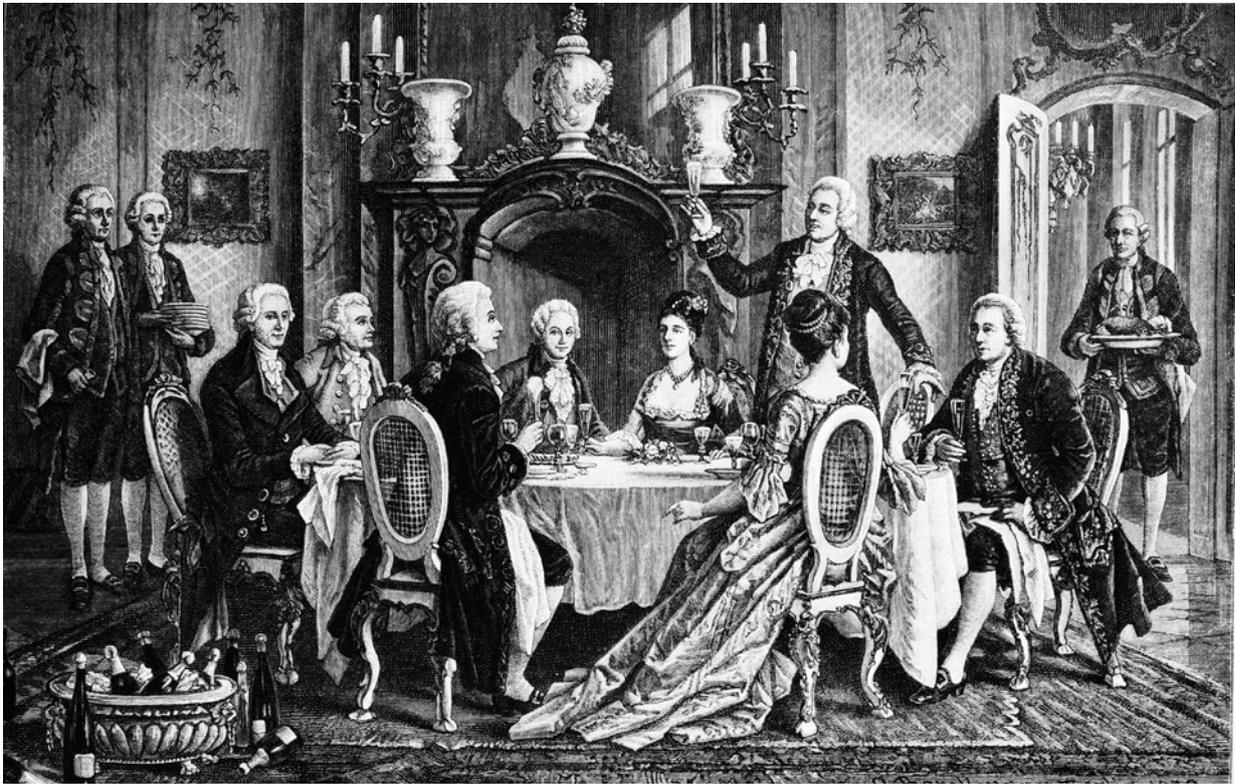
Dieses variantenreiche und gut durchmischte Soziotop der Wiener Vorstadt war wie geschaffen für Emanuel Schikaneder, Schauspieler und Multitalent aus Regensburg, der 1789 die Leitung des Freihaustheaters übernahm. Schikaneder wurde 1751 in eine mittellose Straubinger Familie geboren. Die Verhältnisse waren schlecht, Schikaneders Mutter wollte ihren Kindern jedoch eine bessere Ausbildung ermöglichen und schickte so ihren Sohn auf das Regensburger Jesuiten-Gymnasium. Wie an jesuitischen Schulen üblich, wurde hier regelmäßig Theater gespielt. Die Aufführungen waren so bekannt, dass sogar Goethe Vorstellungen besuchte.

Der Nüchternheit und Zeremonienfeindlichkeit der Lutheraner setzten die Gegenreformatoren die Macht der Magie, der Idole und des Mysteriums entgegen. Bei Emanuel, jesuitisch erzogen und geprägt durch den Einfluss von Gnadenbildern, Devotionalien, Reliquien, Wunderheilern und Teufelsaustreibern, hinterließ diese Erziehung Spuren:

Er wurde zum Experten für die Machbarkeit der Wunder, sollte andere daran glauben lassen und später Geld damit verdienen. Schikaneder erkannte bald, dass die Jesuiten jedes Theater außerhalb ihrer Mauern für gottlos erachteten und schloss sich nach der Schule verschiedenen Wanderbühnen und Schauspieltruppen an, die quer durch die Länder zogen.

Diese Truppen setzten sich aus Menschen aller sozialen Schichten zusammen, Rang und Herkunft waren unbedeutend. Bunte Kosmen, in denen es menschelte: Männer und Frauen wurden getauscht, uneheliche Kinder Ehepaaren untergeschoben und nebeneheliche Beziehungen zu Bühnenpartnern gepflogen. Abseits von Frauen und Affären sammelte er Erfahrungen, die für eine Theaterkarriere weit effizienter waren. Er experimentierte mit neuen Bühnentechniken und kultivierte das Volkstümliche. Immer ganz vorne an der Front zu sein, wenn es um neue Moden, Techniken und Erfindungen ging, begriff er, der Mann des Theaters, als sehr wichtigen Teil seines Berufes.

Schikaneder ließ sich vor allem durch Rückschläge nicht entmutigen. Wissend um sein Talent fühlte er sich durch Anfeindungen und Intrigen der Konkurrenz nur bestärkt. Diese „Jetzt erst Recht!“-Mentalität zeichnete ihn aus und führte ihn gut durch so manche Durststrecke. Sein Ehrgeiz, Theaterdirektor zu werden, führte ihn mehrmals nach Wien und gipfelte letztendlich in der Position



Die Gartenlaube, „Eine Festtafel zu Ehren Mozart's bei Schikaneder“, A. Borckmann, 1880

des dritten und letzten Theaterdirektors des Freihaustheaters auf der Wieden. Hier war der Boden wie geschaffen, um sich künstlerisch in Szene zu setzen.

Auch die Bekanntschaft mit Mozart diente seinem Weiterkommen. 1780 lernten sie einander in Salzburg persönlich kennen. Schikaneder machte auf Mozart den Eindruck eines freien und selbstbestimmten Mannes, der sich nicht wie Mozart selbst Demütigungen vom Fürsterzbischof gefallen lassen musste. Diese Haltung dürfte Mozart imponiert haben. Auch sahen sie sich als Widerständler gegen jede Art von Zensur. Mozart und Schikaneder, der seit 1788 Mitglied der Regensburger Loge *Die Wachsende zu den drei Schlüsseln* war und seit 1791 am Libretto für seine *Zauberflöte* arbeitete, verband wohl auch ein gewisser Sinn für Anzüglichkeiten und Marotten jeder Art.

Im Freihaus fand auch Mozart jene Ablenkungen, die für seine Inspiration entscheidend waren.

Mozart und Schikaneder setzten ihren Traum von der Uraufführung der *Zauberflöte*, für die an den staatlichen Theatern vorerst wohl kein Platz gewesen wäre, im September 1791 um: „(...) nichts und niemand hält uns zurück, denn wir zwei, wir träumen groß. Oh – ich hab Visionen, alle großen Dinge fangen damit an.“ Diese Passage aus dem über zweihundert Jahre später uraufgeführten Musical über Schikaneder passt großartig zu dem musikalischen Ereignis Ende des 18. Jahrhunderts, das ohne die historisch gewachsene Liberalität an diesem Ort so vielleicht gar nie möglich gewesen wäre.

#### Zurück in die Gegenwart

Kreativität, Mut und Phantasie – in den Träumen eines jeden Menschen sind diese Qualitäten schier im Überschwang enthalten. Was in Träumen mit Leichtigkeit erschaffen, fehlt jedoch oft am Tag. Aktuell bleiben die Träume im Freihaus wohl: Träu-



Die Zauberflöte, Libretto: Emanuel Schikaneder; Farblithographie, um 1890. Sammelbildchen der Compagnie Liebig

me. Träume von einer Zeit, in der Spontantität, Lebensfreude und Gelassenheit Bestandteile des Alltags waren.

Das ist schmerzhaft in einer Gegend, die seit Generationen für die Kreativität und „Schrägheit“ ihrer Bewohner berühmt ist. Nicht einmal im leicht subversiven Schikanederkino lässt man seinen Namensgeber derzeit weiterleben. Selbst hier haben die Zwangssperren in den letzten Monaten erbarmungslos zugeschlagen. Weingläser und Bierkrüge im Kinosaal, die Beginnzeiten nicht so genau nehmen, an der mit Parolen verschmierten Schikanederbar herumlungern und sich mit linken Vögeln Wortgefechte liefern – wie sehr fehlt all das!

Schnell wird klar, dass nicht nur die Töne der Zauberflöte längst verklungen sind.

Akustisch widmete man dem größten Sohn des Freihausviertels mit *Schikaneder, die turbulente Liebesgeschichte hinter der Zauberflöte* 2016 ein Musical, das im Wiener Raimundtheater uraufgeführt wurde. Eine Uraufführung? Ein Theater? Vergangene Zeiten! Was bleibt, sind Erinnerungen. So schwelgt man durch die kleine, ebenfalls nach Schikaneder benannte Gasse nebst dem Kino, das allen Widrigkeiten der modernen Unterhaltungswelt zum Trotz überlebt hat, einen speziellen Charme versprüht und Filme weit abseits des Mainstreams anbot – und hoffentlich bald wieder anbietet.

#### Literatur:

Lorenz, Michael: „Neue Forschungsergebnisse zum Theater auf der Wieden und Emanuel Schikaneder“, in: *Wiener Geschichtsblätter*, Heft 4, 63. Jahrgang, 2008  
 Krzesowiak, Tadeusz: *Freihaustheater in Wien 1787-1801*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau 2009

Czeike, Felix: *Historisches Lexikon der Stadt Wien*, Wien 1992  
 Baur, Gesine: *Emanuel Schikaneder. Der Mann für Mozart*, München: C.H. Beck 2012  
 Linhardt, Marion: *Profile einer Sozialgeschichte des Wiener Theaters 1700-2010*, 2012

Lukas Staindl

# Die Subkultur

Was Menschen im Internet zusammenschweißt –  
und radikalisiert



Sie schreiben, veröffentlichen, kommentieren und vernetzen sich: Subkulturen im Netz werden von Jahr zu Jahr größer. Sie verändern unser gesellschaftliches Geschehen und greifen zeitweise sogar in die öffentliche Meinung ein. Nicht selten stehen hinter ihnen Abneigung, Abgrenzung und der Wunsch nach einem Ausbruch aus dem System. Doch was sind die Wirkmechanismen der Online-Communities? Wie einflussreich sind sie tatsächlich? Welche Auswirkungen haben sie auf unsere Gesellschaft?

Netzwerken im Netz ist ein Trend unserer Zeit: Mit dem Aufstieg des Internets in den 1990er-Jahren begann auch der Aufstieg von digitalen Gemeinschaften, die sich auf unbeholfen eingerichteten Pinnwänden, Foren und Websites trafen. Ein logisches Phänomen unserer Zeit, hatten Szenemagazine, Messen, physische Treffpunkte und andere Arten von Szenetreffen doch ihre Nachteile: Sie waren örtlich und zeitlich gebunden. Die damaligen Online-Communities existieren auch heute noch, wenn auch deutlich professioneller und strukturierter. Große Nischen in der damaligen Zeit waren:

Dating  
Fitness & Muskelaufbau  
Glücksspiel & Finanzen  
IT

Gerade die ersten drei Themen werden immer noch als die Goldgrube im Internet bezeichnet, weil sie als Evergreen-Nischen konstant vermarktet werden können. Der schnelle Lauf der frühen 2000er-Jahre markierte den Durchbruch: Große Foren und Communities teilten sich schnell auf und bildeten Ableger, die speziellen Interessen galten. Nun gab es nicht mehr nur Dating-Foren, sondern etwa Com-

munities, die sich auf sprachliche Überzeugung und NLP fokussierten. Wieder andere entwickelten neue Konzepte und eine eigene Philosophie – ein völlig normaler Prozess, der mit dem Heranreifen von Gemeinschaften natürlich entsteht. Doch während geschätzt 98% der User ihre Hobbies, Interessen und Aktivitäten weiterhin im legalen und ethisch vertretbaren Rahmen weiterverfolgten, spalteten sich in mehreren Fällen Minderheiten ab, die in kleineren Kreisen negative Ziele, Strategien und Weltanschauungen verfolgten.

Die ersten Communities radikalisierten sich

1997 gründete „Alana“ (der Vollname der Gründerin ist unbekannt) das *Involuntary Celibacy Project*, eine Website mit dem Ziel, Männern und Frauen, die unfreiwillig ohne romantische und sexuelle Erfahrungen sind, eine Plattform zu geben. Sie hörte Anfang der 2000er auf, die Community zu betreuen, und ging davon aus, dass die bis dahin friedliche Gemeinschaft auch ohne sie weiter gedeihen würde. Doch es kam alles anders: In den folgenden Jahren radikalisierten sich vor allem junge Männer auf der



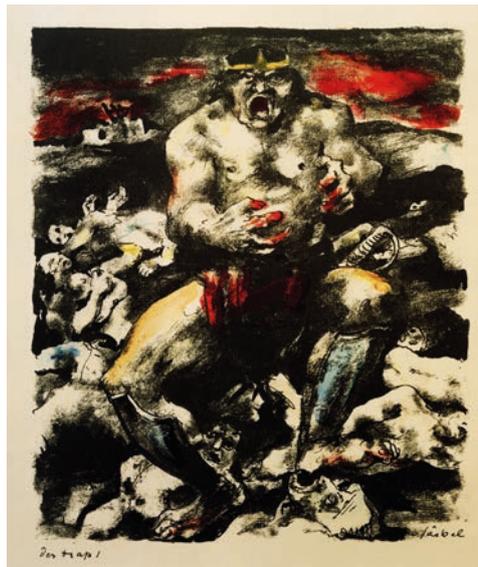
*Durch die Mischung aus Selbsthass und offener Verachtung gegenüber Frauen und dem Rest der Gesellschaft stacheln sich Incels in ihren verqueren Ansichten weiter an.*



Plattform, die sich nun auch auf den ersten sozialen Netzwerken – vor allem MySpace – zusammenschlossen. Frustration und auch Wut über die Ablehnung von Frauen verwandelte sich nun in entschiedene Ablehnung und Hass.

Die nunmehr radikalisierte *Involuntary Celibate*-Bewegung, die später als *Incels* bekannt wurde, trieb nun immer neue Blüten. Aus attraktiven Frauen wurden „Stacies“, durchschnittlich aussehende werden als „Beckies“ deklariert. Schuld an dem Versagen bei der Damenwelt hat den Incels zufolge in den allermeisten Fällen das Aussehen. Die radikaleren Anhänger unter ihnen schworen der Frauenwelt gleich ganz ab. Genetik würde alles bestimmen und Männer von Geburt an in begehrte Casanovas und erfolglose Incels unterteilen. Schon ein unattraktiver Unterkiefer z.B. würde alles zerstören, lautet die Doktrin der Mehrheit an Incels.

Während zwar manche Nutzer auch mangelnde soziale Fähigkeiten als Ursache für ihr Scheitern bei Frauen sehen – vorwiegend Autisten und Menschen mit psychischen Krankheiten – blendet die Mehrheit



Der Hass; Willy Jaeckel, Kolorierte Lithografie, 1916

eine zwischenmenschliche, emotionale und soziale Komponente völlig aus. Durch die Mischung aus Selbsthass und offener Verachtung gegenüber Frauen und dem Rest der Gesellschaft stacheln sich Incels in ihren verqueren Ansichten weiter an und ermutigen in manchen Fällen zu Selbstmord, Gewalt und Terroranschlägen.

Wenn aus Phantasien  
blutiger Ernst wird

Der 22-jährige US-Amerikaner Elliot Rodger vollzog am 23. Mai 2014 ein Attentat, das er zuvor in einem ausführlichen Manifest online ankündigte. Er tötete sechs Menschen vor einer Frauen-Studentenverbindung nahe der University of California und nahm sich anschließend das Leben. Sein Motiv: Misserfolg bei Frauen, welche ihn zu einem vereinsamten Leben zwangen. Er bewegte sich nicht nur häufig in Incel-Communities, sondern veröffentlichte auch häufig Kommentare und Statusmeldungen, in denen er seine offen frauenfeindliche Weltanschauung verbreitete. Das Attentat richtete erstmals die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Incel-Community. Während linke



*In einer zunehmend individualisierten Welt  
spiegeln radikale Online-Communities immer auch das realweltliche Level  
an Unzufriedenheit, Hilflosigkeit und Frustration wider.*



Kräfte eine Verschärfung von Waffengesetzen forderten, betonten Feministen die weiße, rassistische Weltanschauung des Attentäters, dessen Mutter Chinesin und dessen Vater Brite war.

Im deutschsprachigen Raum gab es bislang keine Attentate durch Incels. Doch auch hier hat die stille Revolution der Online-Communities ihren Einzug gehalten. Unzählige Gruppierungen vernetzen sich online und schaffen digitale Treffpunkte auf separaten Plattformen und in den sozialen Medien. Während, wie in den USA auch, neben legalen und vermutlich harmlosen Gemeinschaften auch bedenkliche Netzwerke existieren, fällt auch in Westeuropa auf, dass der Sprung ins sogenannte *real life* bei vielen Online-Communities nur ein Steinwurf entfernt ist.

Ein Paradebeispiel dafür ist die „Hater“-Gemeinschaft (von engl. *hater* = Hassler) rund um den YouTuber Rainer Winkler. Sie ist die bekannteste Online-Community im deutschsprachigen Raum, die mit Straftaten und Übergriffen in Verbindung steht. Es sind die wirren und unreflektierten Aussagen des Sonderschulabgängers Rainer Winkler alias „Drachenlord“, die Menschen amüsieren und für Spott sorgen. Der in Mittelfranken ansässige Winkler, der



Film „Hass“; Filmplakat der Aufführung Berlin, 1919

stets auf die Kommentare einging und meist aggressiv antwortete, schaukelte so ein Spiel hoch, das wohl am besten als wechselseitiges Mobbing zu beschreiben ist.

Was Winkler durch seine YouTube-Einnahmen und Livestream-Spenden einnimmt, ist wohl nur eine schwache Entschädigung für das Level an Belästigung, das er im

Netz und vor seinem Haus täglich in Kauf nimmt. Doch die eigentlichen Leidtragenden sind Nachbarn, Polizeibeamte und Gemeinde, die das Schauspiel (das sogenannte „Drachengame“ – interessierte Leser werden im Internet dazu eine Fülle an Videos finden) seit Jahren mehr oder minder hilflos verfolgen.

Als Fazit lässt sich festhalten: Internet-Communities sind ein Spiegel unserer Gesellschaft. Gruppierungen im Netz radikalieren sich teilweise selbst, wie etwa die Incel-Bewegung. Sie benötigen dennoch immer einen Nährboden, auf dem eigene Ideen wachsen können. In einer zunehmend individualisierten Welt spiegeln radikale Online-Communities immer auch das realweltliche Level an Unzufriedenheit, Hilflosigkeit und Frustration wider. Wenn Politiker gegen radikalisierte Online-Communities vorgehen möchten, sollte das immer aus einem gesamtheitlichen Standpunkt heraus erfolgen.

# Perversion als politisches Programm

Von Arnulf Helperstorfer



Im April 2021 hat die französische Nationalversammlung ein neues Gesetz zum Schutz von Minderjährigen beschlossen. Das Besondere daran: Bei Sex mit unter 15-Jährigen kann sich der Erwachsene nicht mehr auf Einwilligung durch den Jugendlichen berufen. Im Fall enger verwandtschaftlicher Beziehung liegt die Altersgrenze bei 18 Jahren. Der Auslöser für diese Gesetzesänderung waren mehrere Missbrauchsskandale in der französischen Linken.

Der Schriftsteller Gabriel Matzneff soll eine Beziehung zu einer 14-Jährigen unterhalten haben. Das ist wenig verwunderlich, ist er doch gefeierter Autor unzähliger Bücher mit pädophilem Inhalt. Fast zeitgleich wurde auch der Jurist Olivier Duhamel beschuldigt, vor rund 30 Jahren seinen 13-Jährigen Stiefsohn missbraucht zu haben – ein Vorwurf, den er inzwischen eingeräumt hat. Der Sozialist Duhamel galt bis zum Bekanntwerden der Vorwürfe als einer der einflussreichsten Politikberater des Landes, zuletzt nahm Präsident Macron seine Dienste in Anspruch. Besonders pikant ist die Tatsache, dass sein Umfeld seit langem über die Vorgänge Bescheid wusste. Jüngst sind auch Vorwürfe gegen Michel Foucault, einen der Säulenheiligen der westlichen Linken, erhoben worden. Er habe in den 1960er-Jahren in Tunesien minderjährige Burschen vergewaltigt.

Dass die französische „68er“-Linke ein problematisches Verhältnis zur Pädophilie hat, ist spätestens seit der Diskussion über pädophile Aussagen Daniel

Cohn-Bendits allgemein bekannt. Bereits 1977 verfasste der erwähnte Matzneff eine Petition zur Entkriminalisierung pädophiler Handlungen, deren Unterzeichnerliste sich wie das *who is who* damaliger linker Intellektueller liest. Wenn derartiges Fehlverhalten jetzt jedoch allein der besonders freizügigen Kultur selbstherrlicher „68er“ und ihrer Epigonen zugeschrieben wird, so greift dies zu kurz und verschleiern mehr, als es aufdeckt.

Die sexuelle Perversion war Teil des postmarxistischen Programms ebendieser „68er“: Nachdem 1969 die Universität Vincennes gegründet worden war, um dort die Ideen der „68er“ zu verbreiten, war der Philosoph René Schérer einer der dortigen Professoren. 1976 forderte er, jeder Erwachsene hätte die Pflicht, Kinder ihren Familien wegzunehmen (dass diese nicht das Eigentum ihrer Eltern seien), um so die Sexualität zu erwecken, die von der Bourgeoisie vertuscht werde. Es war Teil der Zerstörung jeglicher bürgerlicher Moral, auf deren Trümmern die neue Gesellschaft errichtet werden sollte. *„Es ist unsere Überzeugung, dass die pädagogische Beziehung im Wesentlichen pervers ist – aber nicht, weil sie mit päderastischen Beziehungen zwischen Lehrern und Schülern einhergeht, sondern gerade deshalb, weil sie jene leugnet und ausschließt“*, stellte Schérer fest. Ein Schüler Schériers charakterisierte diesen als einen *„Robespierre gemischt mit dem Marquis de Sade, dessen libertäres Denken Abartigkeiten produzierte, deren Gewalt uns schaudern ließ.“*



# Besprechungen

Charta der Vereinten Nationen  
San Francisco, 1945

Jörg Mayer

# Commune sui generis

Nationalgemeinschaft und Weltgemeinschaft  
in der Ära des Globalismus



*„Wir werden keine Mühen scheuen, um die Demokratie zu fördern und die Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung aller international anerkannten Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich des Rechts auf Entwicklung zu stärken“ – so heißt es in der „Milleniums-Erklärung“ der Vereinten Nationen vom 8.9.2000. Eine interessante Ansage! Wer ist dieses „Wir“, das hier spricht, und gegenüber wem spricht es? Die Antwort auf die erste Frage ist noch einfach: Es sprechen Nationalstaaten, deren einhundertneunundachtzig, um genau zu sein, vertreten durch ihre bevollmächtigten Vertreter. Die Antwort auf die zweite Frage ist schwieriger: Wird hier uns als Menschen etwas von unseren Eliten versprochen – oder versprechen es diese einander?*

**B**ekämpfung der Armut, Befriedung der ganzen Welt, Bewahrung der geschöpflichen Natur, Berechtigung aller zur umfassenden Gleichheit – besagte „Milleniums-Erklärung“ war ein umfassendes Programm, das zudem erstmals an einem konkreten Zeitrahmen mit konkreten Kennzahlen festgemacht wurde. Aber es war auch ein umfassender Konsens: aus nationalstaatlichen Regierungen, internationalen Organisationen, multinationalen Unternehmen und der sogenannten „Zivilgesellschaft“.



*Nemo plus iuris transferre potest...*



Es ist nur folgerichtig, wenn es zu den genannten Zielvorstellungen in den Nationalstaaten selbst keine öffentliche Diskussion gab, an Volksbefragungen gar nicht zu denken. Folgerichtig, weil sich die „Milleniums-Erklärung“ auf international bereits anerkannte Menschenrechte beschränkte, d.h. auf bereits demokratisch legitimierte Vertragswerke. Nun formulieren diese zwar eindeutig Prinzipien, die den



New York, UNO-Gebäude, 1969

künftigen Handlungsspielraum des demokratischen Gesetzgebers einschränken sollen, aber als „undemokratisch“ gilt das nicht, ist für die internationalen politischen Eliten ja gerade eine Demokratie im Sinne solcher revolutionären Menschenrechts-erklärungen „diejenige Gestalt des Politischen, die die moderne Konzeption der Menschenwürde zum Ausdruck bringt.“<sup>1</sup> Nicht etwa die Demokratie in irgendeinem anderen Sinne – man denke an die illiberalen Formen, die in einigen unserer östlichen Nachbarländer ins Treffen geführt werden – könnte unsere Menschenwürde demnach zum Ausdruck bringen, sondern Demokratie nur in genau jenem Sinne, wie sie von den internationalen politischen Eliten gleichsam eingerahmt wird.

Man könnte diesen Aktionsrahmen, *horribile dictu*, eine gelenkte Demokratie nennen. Gelenkt nicht durch eine starke Figur an der Spitze, wie man es dem Populismus nachsagen würde, sondern gelenkt durch internationale Interessen, internationale Institutionen und internationale Ideen – mit all ihren Ausläufern bis in die Nationalstaaten hinein. Salopp gesagt: Jeder Mensch hat in diesem Schema zwar das Menschenrecht, durch Wahlen an der Gesetzgebung teilzunehmen, aber er hat auch

das Menschenrecht, von der Ausübung dieses Menschenrechtes, falls seine Meinungsbildung nicht mit dem Generalrahmen der internationalen Interessen, Institutionen und Ideen konform geht, durch das System der Menschenrechtsverpflichtungen gehindert zu werden.

Es waren freilich die Nationalstaaten selber, die bereitwillig diesen etwas widersprüchlichen Zustand herbeigeführt haben. Sie wa-

ren es ja, die diese internationalen Regelwerke ratifizierten, die nun einerseits die demokratische Gesetzgebung als Menschenrecht normieren, zugleich aber sich selbst als internationale Regelwerke eine dieser demokratischen Gesetzgebung übergeordnete Macht zusprechen. Die Aushöhlung der nationalstaatlichen Souveränität war eben, insofern Souveränität nur im Nationalstaat vorgefunden wurde, historisch nur durch den Nationalstaat selbst möglich. Seine Legitimität, die er als Erzeuger von Legalität hat, wurde (und wird nach wie vor) von seinen Gegnern benutzt, um Macht auf eine höhere Ebene zu transferieren – wobei die Legitimität des Nationalstaates gleichzeitig schon mit der linken Hand infrage gestellt wird, während sie zur rechten Hand noch als Quelle für die Legalität der internationalen Verträge ihre Rolle spielen darf. Das ganze Konstrukt ist somit freilich eine selbstbezügliche Fiktion, ein potemkinsches Dorf: Wie könnte auch demokratische Gesetzgebung eine Macht erzeugen, die stärker ist als sie selbst? *Nemo plus iuris transferre potest quam ipse habet.*

Der plötzliche Machtüberschuss ergibt sich aus dem Moment einer begrifflichen Diffusität: aus der Vermischung der vertraglichen und der moralischen



*...quam ipse habet.*



Grundlagen der Menschenrechte, da am Ende des Tages gar nicht klar ist, ob mit ihnen nun tatsächlich justiziable subjektive Rechte normiert worden sind, die man mit supranationalen Machtmitteln erzwingen können sollte, oder ob es sich bei ihnen nur um freiwillige Ziele der Nationalstaaten handelt, deren Verfehlen einen internationalen Tadel nach sich ziehen kann, ohne dass aber die rechtliche Souveränität



Gründung der UNO: Oper von San Francisco

der demokratischen Gemeinwesen davon berührt sei. Wer die politischen Debatten, wann immer es um Fragen der Grenzen nationalstaatlicher Souveränität angesichts unserer internationalen Verpflichtungen geht, genau verfolgt, wird feststellen, dass sich diese Vermischung von „vertraglich“ und „moralisch“ permanent durch die Argumentationen zieht. Ein Taschenspielertrick: Wir sind gleichsam vertraglich verpflichtet, uns moralisch verpflichtet zu sehen, und wir sind moralisch verpflichtet, uns vertraglich zu verpflichten. Was auch immer man mit guten Gründen beeinspruchen mag, man wird je auf das andere verwiesen. Wie beim Schwank vom Hasen und vom Igel sitzt der Gegner immer schon im Ziel.

#### Die besondere Stellung des Nationalstaats

Aber natürlich sind beide Sphären zu unterscheiden: Einen Vertrag zu schließen heißt, bewusst Rechte und Pflichten zu übernehmen, die über das moralisch Gebotene hinausgehen. Eben das unterscheidet auch die National- von der Weltgemeinschaft, dass wir in ersterem Falle eine Gemeinschaftsform vor uns haben, deren Verpflichtungsverhältnisse jenes

Minimum, das wir gegenüber jedem anderen Menschen qua unseres geteilten Menschseins haben, übersteigt. Man mag zwar Achtung vor allen Menschen für geboten ansehen, aber diese Achtung impliziert auch, dass man einander zugesteht, nicht für das Wohl jedes anderen ein Mittel zu sein, sondern selbst entscheiden zu dürfen, für wen man sich aufwenden will und für wen nicht.

Nun mag man einwenden, dass man ja auch im Nationalstaat von Geburt an unter einem solchen „Kontrahierungszwang“ mit allen anderen Bürgern das nationalen Gesellschaftsvertrages steht. Nur macht es diese Lage eben nicht besser, diesen Zwang auf eine globale Ebene zu tragen, aus der es dann gar keine Flucht mehr geben kann (die berühmte „Abstimmung mit den Füßen“). Es mag schon sein, dass wir freiwillig nicht in den nationalen Gesellschaftsvertrag eingewilligt haben, aber feststeht, dass wir in den internationalen Gesellschaftsvertrag erst recht nicht eingewilligt haben, und dieser ist gerade nicht nur theoretische Fiktion, sondern wird in Echtzeit vor unseren Augen abgeschlossen. Damit lässt man uns auch nicht mehr einwenden: „Ich habe diesen Gesellschaftsvertrag nie unterschrieben und sehe dies und jenes anders, daher protestiere ich dagegen!“ Stattdessen packt man uns am Schlafittchen: „Ihr habt unter diesen internationalen Vertrag eure hübsche Unterschrift gesetzt, denn ihr wart moralisch. Ihr seid nun vertraglich gebunden – und moralisch gebunden! Oder wollt ihr etwa wieder unmoralisch sein?“

Vielleicht ist der Begriff des aufgeklärten Absolutismus durchaus trefflich, um zu beschreiben, was sich hier vollzieht, hat man ja schon von Beginn



*Es gebe nicht „das Volk“,  
es gebe nicht „seinen Willen“!*



des internationalen Projekts an dieses ganz offen nicht als Ausdruck des Volkswillens verstanden, so wie wir ihn dem Nationalstaat zugrunde legen. Auch die in der Präambel der UN-Charta bemühten „Völker der Vereinten Nationen“ sind ja nicht Völker im Sinne des „We the people“. Hier sprechen nicht wir Menschen, die wir Vertre-



Gründungskonferenz der UNO: Molotow, Eden, Stettin

ter wählen, um als Ausdruck unseres Willens nun Recht zu stiften. Die Tendenz des globalen Regiments ist vielmehr, *„Menschenrechtsdeklarationen und -pakte nicht mehr als einen Akt politischer Selbstregierung, sondern als die Bekräftigung einer vorgängigen moralischen Einsicht zu verstehen.“*<sup>2</sup>

Woher, möchte man fragen, kommt dieser aufklärerisch-absolutistische Impetus? Die Antwort ist: Er kommt aus dem Misstrauen gegenüber der demokratischen Selbstregierung, d.h. gegenüber dem Volkswillen, selbst. Jede heutige politische Diskussion, in der jemand wagt, sich auf den Willen des Volkes zu berufen, zeigt das deutlich an, indem diese Idee sofort verfemt wird. Es gebe nicht „das Volk“, es gebe nicht „seinen Willen“! Genau dieses Nationalstaatsprinzip sei die Basis des Totalitarismus im 20. Jahrhundert gewesen, indem der Wille des Volkes bis hin zur Vernichtung seiner existenziellen Feinde zugespitzt worden sei. *„Daher verwirklicht sich nach Ansicht vieler Kritiker in der totalitären Politik nur die der Demokratie inhärente Tendenz, die Macht des ganzen Volkes über die Rechte des einzelnen Menschen zu stellen.“*<sup>3</sup>

Hier ist also des Pudels Kern. Der Nationalstaat hat eben, und zwar nicht nur unter autokratischen

Bedingungen, sondern auch in seiner demokratischen Gestalt, antiliberaler Akte gesetzt, die weit ins Verbrecherische ausgriffen. Die Demokratie ist – Platon wusste es schon vor zweieinhalbtausend Jahren – wohl ein Mittel zur Teilhabe der unteren Schichten, aber sie hat kein Ethos. Sie ist eben die Macht der Mehrheit über die Min-

derheit. Grober Unsinn also, wenn so oft davon die Rede ist, dass die illiberale Demokratie eine *contradictio in adiecto* sei. Sie ist sogar eine Notwendigkeit: Demokratie ist grds. illiberal – und gerade das ist ja der Grund, warum sie auf das liberale Prinzip als Ergänzung angewiesen ist. Es ist die liberale Demokratie das Paradoxon, oder positiver ausgedrückt: die im Idealfall sehr stimmige Vermittlung von natürlichen Gegensätzen.

Der Konvergenzpunkt zwischen *majority rule* und Liberalismus liegt freilich darin, dass eine Gesellschaft, die vor jedem ihrer Bürger tatsächlich Achtung hat, eben notwendig demokratisch verfasst sein wird, d.h. jedem auch eine Teilhabe an der Gesetzgebung zubilligt. Gerade durch diesen Respekt vor dem Mitbürger als einem Mitentscheider in unseren gemeinsamen Angelegenheiten findet das Menschenrecht seinen letzten Ausdruck. Indem der Mensch ein soziales, kommunikatives, politisches Wesen ist, äußert sich seine Natur eben nicht nur in privatautonomen Verträgen, sondern auch in staatenbildender Tätigkeit, um jenen den institutionellen Rahmen zu bereiten: *„[Zur Freiheit gehört die] gemeinsam mit anderen zu treffende Wahl und Realisierung einer politischen Konzeption des Ge-*



*Hier liegt dann auch  
der false song of globalism.*



*rechten und Guten. Wollte man die Menschenrechte auf die private Autonomie beschränken, gäbe es für den einzelnen nur eine Selbstbestimmung im Rahmen fremdbestimmter Gesetze. Das widerspräche jedoch der Idee der Autonomie.“ (Robert Alexy)<sup>4</sup>*

Gerade auch politische Autonomie, nicht eben nur private Autonomie, macht jene Autonomie des Menschen aus, in der sich seine Würde entfaltet. Das Problem an einem internationalen Menschenrechtssystem, das die Nationalstaaten in ihrem Zugriff auf diese Würde einzuhegen soll, ist nun, um es hier klar auf den Punkt zu bringen, dass es das gleiche autoritative Schema im Gewande des Globalismus wiederholt, das es bei den Nationalstaaten beständig mit moralischem Hochton anprangert. Bejaht man den Wert der politischen Autonomie nämlich, d.h. traut man der Bevölkerung zu, mit Macht verantwortungsbewusst umzugehen und die Tyrannei der Masse gegen den Einzelnen zu verhindern, bräuchte es ja keine internationalen Abkommen. Traut man es den Völkern aber nicht zu, dann bilden Menschenrechtskodifikationen zwar eine mögliche Abhilfe, sind aber selbst wieder ein autoritäres Machtmittel der Mehrheit, das der überstimmten Minderheit ja aufgezwungen wird. Die Minderheit soll davor geschützt werden, einer demokratischen Mehrheit ausgeliefert zu sein, doch zu genau diesem Zwecke werden ganze Völker von internationalen politischen Eliten überstimmt. Damit wird das Menschenrechtsregime, das selbst durch die Volkssouveränität aufgerichtet wurde, wieder zu genau



Gorbatschow, Uno-Vollversammlung, New York 1988

dem Prinzip der politischen Einförmigkeit, wie es schon die direkte Massenherrschaft war, die Gerhard Ritter wie folgt beschreibt:

*„Wenn es der Sinn der Menschenrechte war, die staatliche Souveränität einzuschränken zugunsten individueller Bewegungsfreiheit, so war dieses Problem nicht wirklich zu lösen mit Hilfe*

*einer radikal verstandenen, zu direkter Massenherrschaft führenden Volkssouveränität. [...] Man verschob nur die Macht des Monarchen auf das Volk. Aber das Volk, sobald es zur ungegliederten Masse, zum Kollektiv wird, ist ein noch größerer Feind individueller Freiheit als der absolute Monarch. [...] [M]it höchster Gewaltsamkeit vernichtet der Wille zu nationaler und politischer Einförmigkeit alle Fragmente geistiger, politischer, völkischer Eigenart und Eigenständigkeit innerhalb eines Volksganzen.“<sup>5</sup>*

Das ist alles wahr, aber unter den Auspizien von „Millenniums-Erklärungen“ usw. wiederholt sich dieser Prozess nun eben auf einer höheren Ebene. Denn die Durchsetzung des Begriffs eines allgemeinen Menschentums impliziert eben, dass der einzelne Mensch sein Menschentum und ein einzelnes Volk sein Volkstum nicht mehr abweichend definieren kann. Hier liegt dann auch der *false song of globalism*, den der letzte US-Präsident seinerzeit in seiner Antrittsrede so scharf kritisiert hatte. Vielleicht besteht ein grundlegender Fehler der Menschenrechtsidee also gerade darin, einen Begriff vom Menschen und von seinem Recht zur Grundlage des Politischen zu machen, anstatt ihm nur den



### *Ultima posse...*



späteren Rang zuzuweisen, anhand seiner gewisse Härten, die ein freier demokratischer Gesetzgeber begeht, einer kritischen Reflexion zu unterziehen und zu lindern. Demokratie ist eben nicht kosmopolitisch zu denken: Sie ist nicht meine Bezugnahme auf jeden anderen Menschen, sondern nur auf jenen, gegenüber dem ich innerhalb einer Stadt, eines Landes und einer Nation gewisse Rechte und Pflichten übernommen habe, denen ich mich in irgendeiner Form aber auch entziehen können muss (z.B.: Asyl als letzter Ausweg!). Rechte und Pflichten aber können nicht gegenüber jedem bestehen: *Ultima posse nemo obligatur*.

#### Der Weltstaat bleibt ihr Endziel

Gleich, ob man die Durchsetzung der Menschenrechte nun einem supranationalen Machtapparat anvertrauen will oder dem internationalen Machtspiel zwischen den einzelnen Nationalstaaten, ihr wesentlicher Sinn besteht realpolitisch darin, moralischen Druck auf den demokratischen Gesetzgeber auszuüben und ihm eine Politik nahelegen, die über das hinausgeht, was er von sich aus leisten würde. Oder etwas knalliger formuliert: Menschen dazu zu zwingen, solidarisch zu sein, wo sie es gar nicht wollen, wo sie es auch von Fremden ihnen gegenüber nicht verlangen würden und daher auch keinen Gesetzeszwang für tunlich halten. Die Hoffnung ist wohl, dass sich mit dem Zwang zur Solidarität auch eine Gemeinschaft im Empfinden ausbildet, dass sich also früher oder später ein kosmopolitisches Empfinden der Bürger verschiedener Staaten regen werde, sobald sie an einer gemeinsamen Grundrechtskonzeption beteiligt sind, zumal die zwischen den Staaten bestehenden Institutionen zum gemeinsamen moralischen Ausleger werden und damit die Bürgerschaft des jeweils anderen

Staates zum *amicus curiae* von jedermanns Anliegen gegen seinen eigenen Staat.

Damit entstünde freilich das Paradoxon, dass sich durch Ableitung aus der Autonomie derselben Menge an Bürgern letztlich drei verschiedene Gewalten gegenüberstehen: die Gewalt der Nationalstaaten durch die Autonomie der Bürger, die Gewalten der indirekt durch die Gewalt der Nationalstaaten begründeten Institutionen der Staatengemeinschaft, und die Gewalten dieser Institutionen in direkter Ableitung aus der Autonomie der Bürger. Durch diese Aufteilung jedes Bürgers in einen Bürger des nationalen Staates und in einen Bürger supranationaler Organisationen wird nun zwar die eingangs dieses Artikels angesprochene Problematik „Wer verpflichtet sich hier eigentlich wem?“ scheinbar aufgelöst, denn nur in der nationalen Rolle tritt der Bürger als demokratischer Gesetzgeber auf, während er in der internationalen Rolle zum reinen Rechtsempfänger wird. Aber natürlich lässt sich beides nicht trennen, weil ein Bürger eben nicht zwei fiktive Rechtspersonen ist, sondern eine lebendige Einheit. Auch lassen sich diverse Rechte in der Person nicht trennen, wie individuelle Freiheitsrechte, politische Teilnahmerechte und soziale Teilhaberechte, analog ihrer Verwirklichung auf verschiedenen Ebenen: „Privatperson“, „Staatsbürger“ und „Leistungsempfänger“ fallen im Individuum je zusammen. Ebenso die verschiedenen Ebenen der Verwirklichung: Supranationale Institutionen bestehen eben nur durch die Gesetzgebung von Nationalstaaten, auf welche sie umgekehrt wiederum maßgeblich einwirken – eine Verquickung, die sogar unter dem Prospekt einer föderalen Weltrepublik gelten würde, denn auch in ihr ginge alle Gewalt „von ihrem doppelten Staatsvolk aus, von der Gemeinschaft aller Menschen und der aller Staaten.“<sup>6</sup>



...*nemo obligatur.*



Über die damit einhergehenden Problematiken sei zum Abschluss Jürgen Habermas zitiert: „[Weil] die Völker mit der Souveränität ihrer Staaten eine nationale Unabhängigkeit verlieren würden, die sie bereits errungen hatten, müsste die Autonomie der jeweils eigenen kollektiven Lebensformen in Gefahr geraten. Nach dieser Lesart besteht der „Widerspruch“ darin, dass die Bürger einer Weltrepublik die Gewährleistung von Frieden und bürgerlicher Freiheit mit dem Verlust jener substantiellen Freiheit bezahlen müssten, die sie als Angehörige eines nationalstaatlich organisierten Volkes besitzen. [...] Die den Individuen zugeschriebenen Menschen- und Bürgerrechte sollen nun auch durch die internationalen Beziehungen hindurchgreifen. Die souveränen Staaten, die sich zu einem „großen Staatskörper“ vereinigen, erkaufen die Autorisierung ihrer Staatsbürger zu Weltbürgern um den Preis der eigenen Mediatisierung.“<sup>7</sup>

Die Alternative dazu ist eine Renaissance des nationalstaatlichen Souveränitätsbegriffs im geopolitischen Machtgleichgewicht, bei dem die Menschenrechte nicht zu Weltbürgerrechten werden, sondern „nur“ eine moralische Richtschnur bleiben, die gegebenenfalls humanitäre Interventionen zu rechtfertigen vermag, aber letztlich von den Staaten nach eigener Interpretation angewendet wird. Auf die eine oder andere Weise: Die Idee der Menschenrechte und die Frage nach ihrer Durchsetzbarkeit werden uns weiterhin be-

gleiten. Sie sind der derzeit gewichtigste Ausdruck des Gleichheitsbestrebens der Menschheit – und damit die größte Gefahr für die Existenz des Nationalstaates.

Das heißt nicht, dass man den Nationalstaat in eine Frontstellung gegen den menschenrechtlichen Universalismus bringen sollte. Die Anhänger des Partikularismus verkennen hier: Jedes noch so universalistische Argument geht, insofern es von einem bestimmten Subjekt formuliert wird, von einer partikulären lebensweltlichen Grundlage aus. Jedes partikuläre Argument wiederum hat, insofern es als Argument eine Gültigkeit für sich beansprucht, einen universalistischen Angelpunkt. Beide Konzeptionen sind nicht voneinander trennbar, sondern beziehen sich wechselseitig aufeinander. Die Frage ist einzig, wie beides miteinander vermittelt wird, und so besteht auch die entscheidende politische Aufgabe heute in einer Vermittlung von Nationalstaatlichkeit und Menschenrechten, die nationale und liberale Interpretationen zusammenbringt.

Der Spannungsbogen, der sich sohin vom Konzept der Direkten Demokratie bis zu den Ideen des Natürlichen Rechts erstreckt und der die politische Macht der Volksmehrheit als das nationale Prinzip mit der ethischen Relevanz jedes einzelnen Menschen als dem liberalen Prinzip verbindet, wird daher auch die kommenden Ausgaben unseres Reports prägen.

1 Menke/Pollmann: *Philosophie der Menschenrechte*, S.177

2 Ebd., S.168

3 Ebd., S.169

4 Alexy, Robert: „Die Institutionalisierung der Menschenrechte im demokratischen Verfassungsstaat“, in: Gosepath, Stefan – Lohmann, Georg (Hg.): *Philosophie der Menschenrechte*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1998, S.261

5 Ritter, Gerhard: „Ursprung und Wesen der Menschenrechte“, in:

Schnur, Roman (Hg.): *Zur Geschichte der Erklärung der Menschenrechte*, Darmstadt: WBG 1964, S.227, S.234f.

6 Höffe, Otfried: „Globalität statt Globalismus. Über eine subsidiäre und föderale Weltrepublik“, in: Lutz-Bachmann/Bohmann (Hg.): *Weltstaat oder Staatenwelt?*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2002, S.23

7 Habermas, Jürgen: „Hat die Konstitutionalisierung des Völkerrechts noch eine Chance?“, in ders.: *Der gesplittene Westen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2004, S.118, S.123

## Adharas Stimme



Wir haben in dieser Ausgabe einen weiten Umlauf hingelegt, der von der Idee einer plebiszitären Monarchie über die autonome Selbstverwaltung in diversen Formen von *communities* bis zur grundrechtsbestimmten Globalgesellschaft führt. All diese so verschiedenen Regierungsformen haben eines gemeinsam: Sie liegen in den Grenzbezirken dessen, was man demokratisch nennen kann. So hin sind wir den Horizont der Demokratie ein Stück weit abgegangen, nicht anders, als ein römischer Grundbesitzer einst die Grenzen eines gekauften Ackers abging, um ihn sachenrechtlich in seinen Besitz zu nehmen. Erst dann mochte er den Blick nach innen wenden und beginnen, das neue Feld zu bestellen.

Wir werden in der nächsten Ausgabe genau dies tun und uns in die Mitte der Demokratie begeben. Dabei gilt es vorrangig einmal, ihren *modus operandi* zu beleuchten, nämlich das Konzept von Wahlen. Hier pocht das Herz des demokratischen Systems, hier zirkuliert sein Blut. Aber auch die Konstitution des demokratischen Menschen selbst wird eine Rolle spielen: Es ist ja nicht etwa so, dass die Demokratie unter ihren Rechtsunterworfenen nur Freunde hätte, mag sie auch in der uns selbstverständlich gewordenen, nationalstaatlich-parlamentarisch-repräsentativen Variante einen bemerkenswerten Siegeszug über den Globus hingelegt haben.

Was wollen wir mit unserer Demokratie anfangen, das ist eine Frage, die sich uns immer aufs Neue stellt. Aber ebenso wäre zu fragen: Was fängt diese Staatsform eigentlich mit uns an? Denn nicht nur wir formen unsere Staatlichkeit, auch sie formt uns. Demokrat, das ist nicht nur, wer mit der Schreibfeder oder der Waffe in der Hand für diese Staatsform streitet, sondern es ist jeder von uns: ein bestimmter Menschentypus, den das System Demokratie hervorbringt.

*„So lebt er nun in den Tag hinein und schenkt sich dem Trieb, der ihn befällt, bald trunken, von Flöten bezaubert, bald nüchtern bei Wasser und mager geworden, bald übt er Gymnastik, bald lungert er träge und sorgt sich um nichts, bald will er – so scheint es – gar philosophieren! Oft treibt er Politik, springt auf, hält Reden, setzt Taten – wie es ihm gefällt! Er stürzt sich in den Kampf, wenn Krieger – ins Geschäft, wenn Händler seinen Ehrgeiz wecken. Kein ordnender Zwang waltet über sein Leben, doch süß nennt er es und frei es und selig – und genießt es zur Neige.“*

Keine schmeichelhaften Worte, mit denen der notorische Antidemokrat Platon schon vor zweieinhalb Jahrtausenden unsere Staats- und unsere Geistesverfassung parallelisierte. Sind wir so? Ist das unsere demokratische Gesinnung, „mannigfaltig und verschiedenster Lebensarten voll, schön auch und bunt wie jener Staat“? Ja?

Adhara

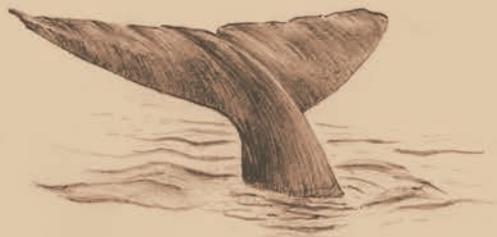
## Impressum



Medieninhaber: Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee, Blütenstraße 21/1, A-4040 Linz, Tel.: 0732 736426, E-Post: [verein@atterseekreis.at](mailto:verein@atterseekreis.at) · Herausgeber: ParlRat. Mag. Norbert Nemeth · Redaktionelle Gestaltung: Jörg Mayer, B.A. · Art Director, Bildredakteur: Prof. Dr. Gerhard Rihl

Der Attersee Report behandelt Fragen von gesellschaftlicher und politischer Bedeutung. Er ist ein Produkt des Vereins Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder und liegen in ihrer Verantwortung. Die Beiträge bewegen sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen der Meinungsfreiheit. Ausführliche Informationen zu unseren Datenschutzbestimmungen finden Sie unter [atterseekreis.at/datenschutz](http://atterseekreis.at/datenschutz).

Bildnachweis (Abkürzungen: (b)=bearbeitet, WiCo=Wikimedia Commons, gemeinfrei): S. 1, 3, 5, 64: WiCo · S. 2: WiCo · S. 4, 6-7: WiCo · S. 9: WiCo · S. 10: WiCo · S. 12: WiCo · S. 13: WiCo · S. 14: WiCo · S. 15: WiCo · S. 16: WiCo · S. 17: WiCo · S. 18: WiCo · S. 19: WiCo · S. 21: akg-images · S. 22: akg-images · S. 23: Dick de Lonlay creator QS:P170,Q3026649 Frédéric de Haenen creator QS:P170,Q18115931 ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Les\\_obsèques\\_de\\_Blanqui\\_au\\_Père-Lachaise.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Les_obsèques_de_Blanqui_au_Père-Lachaise.jpg)), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode> · S. 24: Heritage Images / Fine Art Images / akg-images · S. 25: akg-images · S. 26: WiCo · S. 4, 28-29: akg-images · S. 32: © Sotheby's / akg-images · S. 33: akg-images · S. 36: WiCo · S. 37: WiCo · S. 4, 38-39: akg-images / IMAGNO / Austrian Archives · S. 40: WiCo · S. 41: WiCo · S. 42: WiCo · S. 43: Pixabay / Ernst Weeber · S. 4, 44-45: akg-images · S. 46: akg-images / Imagno / Sammlung Hubmann · S. 47: WiCo · S. 48: WiCo · S. 49: akg-images · S. 51: akg-images · S. 52: akg-images · S. 53: WiCo · S. 4, 54-55: akg-images · S. 56: akg-images / Paul Almasy · S. 57: akg-images · S. 58: akg-images · S. 59: akg-images · S. 62-63: Pixabay / Sabrina Eickhoff · Illustrationen auf S. 1, 27, 37, 43, 53, 62, 64: Büro Rihl



**Atterseekreis**

frei denken

[www.attersee-forum.at](http://www.attersee-forum.at)

Österreichische Post AG

Sponsoring.Post

14Z040199 S